

**realistisch
und radikal**

Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken Nr. 7 (2017)



Mit Beiträgen von Kübra Çiğ, Sebastian Chwala, Anna Conrads, Alex Demirović, Sophie Dieckmann, Ulrike Eifler, Michael Ferschke, Thomas Goes, Nicole Gohlke, Heinz Hillebrand, Lisa Hofmann, Stefanie Hürtgen, Christina Kaindl, Katja Kipping, Jan Korte, Elisabeth Kula, Sarah Nagel, Benjamin Opratko, Bernd Rixinger und Ceren Türkmen

Inhalt

realistisch
und radikal

Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken

- 03 Editorial
- 04 **Heinz Hillebrand** The making of the (West-) German working class
- 08 **Stefanie Hürtgen** Klassenbewusstsein - anders, als gemeinhin gedacht
- 12 **Thomas Goes** Neue Klassenkämpfe im autoritären Kapitalismus und populäre Klassenpolitik
- 16 **Alex Demirović** Die Zumutungen der Klasse. Vielfältige Identitäten und sozialistische Klassenpolitik
- 20 **Katja Kipping** Versteck dich nicht hinter DER Klasse
- 21 **Ceren Türkmen** Klassenkampf und Rassismus
- 24 **Kübra Çiğ** Es ist nicht alles Klasse. Rassismus, Klasse und Geschlecht
- 26 **Sophie Luise Dieckmann** iKlassenkampf. Die Digitalisierung als Klassenfrage
- 30 **Jan Korte** Den Mehrwert der LINKEN erhöhen
- 31 **Lisa Hofmann / Michael Ferschke** Eine Partei als Volkstribun
- 34 **Christina Kaindl / Sahra Nagel** Sozialismus ist Fußarbeit
- 37 **Anna Conrads** Den zornigen Blick nach oben richten!
- 38 **Elisabeth Kula** Kommunalpolitik als Klassenpolitik
- 40 **Nicole Gohlke / Heinz Hillebrand** Ein Gespräch über Kultur und Partei
- 43 **Ulrike Eifler** Klassenorientierung sichert den Fortbestand der Partei
- 44 **Benjamin Opratko** Was wir vom linken Populismus lernen können
- 46 **Sebastian Chwala** Jean-Luc Mélenchon und „France insoumise“
- 49 **Bernd Riexinger** Organisieren, um zu gewinnen!
- 50 **Einladung und Programm der Sommerakademie 2017**

Impressum

realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Lia Becker, Katharina Dahme, Sophie Dieckmann, Jakob Migenda, Benjamin Opratko, Malte Pannemann, Jörg Schindler, Benjamin Stotz

Layout: Daniel Wittmer, Juliane Pfeiffer

V.i.S.d.P.: Jakob Migenda, c/o DIE LINKE – Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Druck: Laserline, Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,

der französische Soziologe Didier Eribon schreibt in seinem vielzitierten Buch *Rückkehr nach Reims*: „Was aus der politischen Repräsentation und den kritischen Diskursen verschwand, war nicht nur die Arbeiterbewegung mit ihren Kämpfen und Traditionen, es waren die Arbeiter selbst, ihre Kultur, ihre spezifischen Lebensbedingungen, ihre Hoffnungen und Wünsche.“

Er hat mit seinem Buch auch in der deutschen Linken eine dringend notwendige Diskussion angestoßen. Die „Klassenfrage“ ist wieder zum Thema geworden. In unserem Debattenheft wollen wir diese Diskussion weiterführen. Denn Fragen gibt es genug: Wie können wir erreichen, dass Politik und Kultur unserer Partei wieder stärker von den breiten Schichten der abhängig Beschäftigten geprägt werden? Wie verhindern wir bei dieser Diskussion in einen Anti-Intellektualismus zu verfallen? Wie können wir Klassen- und Identitätsfragen zusammendenken, ohne die alte Diskussion über Haupt- und Nebenwidersprüche zu wiederholen? Wie erreichen wir diejenigen, die sich enttäuscht von de-

mokratischer Einflussnahme verabschieden oder sich gleich gar nicht mehr für Politik interessieren?

Das Heft kann die Fragen sicher nicht umfassend behandeln, insbesondere fehlen Gesamtdarstellungen der Klassenlandschaft in Deutschland und ihrer Entwicklungstendenzen in sozialökonomischer wie sozialpsychologischer Hinsicht. Wir stehen auch vor vielen offenen und umstrittenen Fragen der Klassentheorie, -analyse und nicht zuletzt des Standes der vielfältigen Klassenkämpfe. So oder so: Es wird Zeit für eine erneuerte Klassenpolitik. In diesem Sinne laden wir dazu ein, die Diskussion mit Beiträgen und bei unserer Sommerakademie weiterzuführen.

Wir danken der Redaktions-AG, namentlich Lia Becker, Katharina Dahme, Sophie Dieckmann, Jakob Migenda, Benjamin Opratko, Malte Pannemann, Jörg Schindler, Benjamin Stotz.

Viel Spaß mit dem Heft,
der BundessprecherInnenrat der SL

mehr Hefte

Du willst das Heft kostenfrei bestellen oder bei dir in der Geschäftsstelle auslegen? Dann schick uns einfach eine Mail an info@sozialistische-linke.de und vergiss Adresse und Menge nicht. Wir freuen uns außerdem über dein Feedback zur Ausgabe oder einzelnen Artikeln.

mehr Wissen

Gerne bieten wir Abendveranstaltungen oder eintägige Workshops zum Thema Klassenpolitik bei euch vor Ort an. Melde dich bei der oben genannten Mailadresse, gerne schon mit groben Terminwünschen, und wir bemühen uns, es umzusetzen.

mehr Infos

www.sozialistische-linke.de
www.facebook.com/sozialistichelinke



The Making of the (West-) German Working Class

Heinz Hillebrand beschreibt, wie die deutsche Arbeiterklasse wurde, was sie ist.

Wer sich heutzutage mit dem Begriff der Klasse im politischen oder sozialwissenschaftlichen Sinn beschäftigt, wird feststellen, dass er a. sehr unterschiedlich interpretiert wird und b. es von Wortneuschöpfungen nur so wimmelt. Es gibt das Cyberariat, das Dienstleistungsproletariat und das Prekariat; Unter-, Mittel- und Oberklasse usw.. Der gute alte Klassenkampf muss für noch mehr herhalten. Von den Flüchtlingsbewegungen bis zur Flugblattverteilung an Unis ist plötzlich alles Klassenkampf. Im letzten Jahr hat zudem durch Eribons „Rückkehr nach Reims“, vor allem im akademischen Bereich, eine Wiederentdeckung der Arbeiterklasse stattgefunden.

Der nachstehende geschichtliche Abriss schildert die Diskussionen über den Begriff der Klasse in der Bundesrepublik Deutschland. Der Schwerpunkt soll hierbei auf Klassenanalysen liegen.

Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder – Angebliches Verschwinden der Klassen

Während in der Nachkriegszeit eher linke Forderungen en vogue waren – sogar die CDU sprach von Sozialismus – änderte sich das politische Klima Westdeutschlands in den fünfziger Jahren diametral mit Antikommunismus und Integration von SPD und Gewerkschaften in den Adenauerstaat. Der Wohlstand von Arbeitern und Angestellten wuchs spürbar, es herrschte Vollbeschäftigung. Dass der „Klassenkompromiss des Fordismus“ nicht nur zugestanden sondern auch erkämpft wurde, z.B. durch den Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wird gerne vergessen. Auch dass der Sozialstaat auf den männlichen

Alleinernährer zugeschnitten war und ein Teil des Wohlstands auf Überstunden desselben beruhte. Aber der Wohlstand wuchs, wenige fühlten sich noch als Arbeiter oder gar Proletarier, der „Arbeitnehmer“ fand Einzug in das Vokabular, auch der Gewerkschaften. Die Soziologie machte sich an das Abschaffen der Klassen. So entwickelte Helmut Schelsky 1953 die These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Ralf Dahrendorf entwickelte die Konflikttheorie und transformierte Klassen in „Konfliktgruppen“. Der Marxismus, und mit ihm die Klassenanalyse, überwinterte in evangelischen Akademien, illegalen Zirkeln, wenigen Zeitschriften und Gewerkschaftsschulen.

Nach 1968 – Aufschwung der Linken und der Klassenkämpfe

Die Situation änderte sich um das Jahr 1968 herum grundlegend. Es gab wilde Streiks und Studierendendemonstrationen. Vorausgegangen war ein Regie-

wechsel, die beginnende Bildungsreform und eine Linkswende unter den Studierenden. Legale kommunistische Politik war mit der Neukonstituierung der DKP wieder möglich. Über dem Land lag Aufbruchstimmung. Das führte zu einem erneuten Interesse an marxistischer Theorie. In diesem Klima entstanden zwei bedeutende empirische Klassenanalysen. Die eine vom Projekt Klassenanalyse (PKA) und die andere vom DKP-nahen Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Auf der Grundlage des gleichen Datenmaterials von 1970, das 27 Mio. Erwerbspersonen auswies, errechnete das IMSF einen Anteil der Arbeiterklasse von 75,6% und das PKA von 65%. Die Unterschiede ergaben sich, weil für das PKA die produktive Arbeit zentral war. „Die Arbeiterklasse wird gebildet aus den Lohnarbeitern des Kapitals und der nicht-kapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation sowie aus der industriellen Reser-



vearmee, d.h. den Arbeitslosen“. Das IMSF hingegen hielt den Warencharakter der Arbeitskraft und die Unterordnung der Arbeitskraft unter das Kommando des Kapitals für zentral. „Dieser vollentwickelte Warencharakter ihrer Arbeitskraft ist die eigentliche Ursache der einheitlichen Interessen der Arbeiterklasse der unterschiedlichen Beschäftigungsbereiche, und er prägt alle Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Gruppen der Klasse.“ Diese Klassenanalysen, die Definitionen einer „Klasse an sich“ hatten auch eine Beziehung zur „Klasse für sich“. Sie wurden in der Arbeiterbewegung zumindest unter FunktionärInnen rezipiert, also in linken Kreisen von SPD und Jusos, in der Bildungsarbeit der DKP, in gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen oder Hochschulen wie der HWP. Viele Gewerkschaften gingen in dieser Zeit etwas nach links. Aktive aus Studenten- und Lehrlingsbewegung wurden hauptamtliche SekretärInnen, die Bildungsarbeit ausgeweitet, das Ziel einer Arbeitszeitverkürzung wurde erfolgreich angegangen.

Die Achtziger – Abschied vom Proletariat

Das „Rote Jahrzehnt“ der Siebziger verlor an Kraft. Enttäuscht wandten sich viele AkademikerInnen von der Arbeiterklasse, oder dem, was

sie in sie hineinprojiziert hatten, ab. Auch die Soziologie schaffte die Klassen wieder einmal ab. Während Daniel Bell bereits 1973 von der nachindustriellen Gesellschaft gesprochen hatte, fasste der Starsoziologe Ulrich Beck die Entwicklung bündig „Jenseits von Marx und Weber“ zusammen.

In der Arbeitswelt schien die Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften mit der Einführung der 35-Stunden-Woche weiterzugehen. Dies verdeckte, dass Mitte der siebziger Jahre der Fordismus ans Ende seiner hohen Profitraten kam. Den Ausweg aus der Krise bildete die Einführung der Mikroelektronik als neuer Leittechnologie und eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Deren Auswirkungen wurden eine Zeitlang durch die Sonderkonjunktur (im Westen) verdeckt, die durch die kapitalistische Landnahme nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus entstand.

Krise des Marxismus und neue theoretische Ansätze

In den Siebzigern und Achtzigern gab es harte innermarxistische Auseinandersetzungen, die zum Teil unter der Überschrift „Krise des Marxismus“ geführt wurden. Auch um den Klassenbegriff gab es innerhalb des Marxismus erhebliche Diskussionen, ausgelöst durch E.P. Thompsons Buch „The

Making of the English Working Class“. Thompson grenzt sich hier gegen positivistische „Soziologen, die die Zeitmaschine gestoppt haben“ und strukturalistische Ansätze ab. Er betont die kulturelle Dimension der Klassenbildung. Klasse ist für ihn „nicht ein Ding, sondern ein Geschehen“. Dies rief natürlich sofort die Kritik strukturalistischer Marxisten wie Louis Althusser hervor. Aber auch für Theodor W. Adorno war der Klassenbegriff dann gültig, wenn kein einziger Arbeiter mehr über Klassenbewusstsein verfüge.

In Frankreich entwickelte der Soziologe Pierre Bourdieu mit seiner Theorie des sozialen Raums eine eigene Klassenanalyse. Neben dem ökonomischen Kapital, das in bisherigen Theorien die vertikale Klassenstufung einer Gesellschaft erzeugt, führt er die Kategorie des kulturellen Kapitals (kulturelle Fähigkeiten erworben durch Bildung) ein. Die Verteilung von ökonomischem und kulturellem Kapital, die auf einer horizontalen Ebene dargestellt wird, erzeugt gesellschaftliche Milieus mit einem entsprechenden Habitus und Lebensstilen. Aus Theorien von Thompson und Bourdieu entwickelten Peter von Oertzen und Michael Vester den sogenannten „lebenswelt-



lichen“ Klassenbegriff. Ihre Forschungsgruppe an der Uni Hannover entwickelte die sogenannten Sinus-Milieus.

Postfordismus und Rückkehr der Klassenfrage

In den Neunzigern wurde endgültig deutlich, dass wir in einer nachfordistischen Gesellschaft leben. Die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse, die sich in den 2000ern noch mehr vertieften, traten deutlich hervor. Der klassische Arbeiter wurde zu einer Minderheit. Industrielle Produktion, Stahlindustrie und Bergbau gingen zurück, der Dienstleistungssektor wurde ausgebaut. Neue Managementkonzepte stärkten scheinbar durch den Abbau von Hierarchien die Individualität. Mit der Aufteilung der Bundespost

begann die Welle der Privatisierungen. Der Osten der neuen Bundesrepublik wurde deindustrialisiert, hier erlitten die Gewerkschaften Anfang des neuen Jahrtausends eine ihrer größten Niederlagen im

Kampf um die 35-Stunden-Woche. Von Klassen sprach allerdings kaum noch jemand, dies hatte auch damit zu tun, dass die gesamte Linke und auch ihr Vokabular nach dem Epochenbruch 1989 in der Defensive war. Milieu-Studien begannen sich jedoch zu etablieren. Wobei allerdings oftmals der Schwerpunkt auf Lebensstilanalyse statt auf Klassenanalyse gelegt wurde. Die Schattenseiten des neuartigen Kapitalismus traten aber auch immer deutlicher hervor, 1997 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über vier Millionen. 1998 gaben Veith Bader et al. einen Sammelband über „Die Wiederentdeckung der Klassen“ heraus, in dem eine „transformationelle Klassentheorie“ entwickelt wurde, die einen Schwerpunkt auf Klassenhandeln legte.

Soziale Spaltung und Kapitalismuskritik

Der Übergang zu den 2000er-Jahren, in der Bundesrepublik verbunden mit der Regierungsübernahme von Rot-Grün, offenbarte auch auf internationaler Ebene die verheerenden Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik. Es erschienen Bücher wie „Der neue Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello) oder Robert Castels „Die Metamorphosen der sozialen Frage“. Zur Klassenfrage publizierten Bischoff/Herkommer/Hüning 2002 den Band „Unsere Klassengesellschaft“, die Marx-Engels-Stiftung startete das Projekt Klassenanalyse BRD und Vester/Van Oertzen u.a. publizierten 2001 „Gesellschaftliche Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“. Mit der Agenda 2010 verschärfte sich die sozialen Spaltungen enorm, universitär führte dies zum Ausbau der Ungleichheitsforschung. Die Finanzkrise 2007 verstärkte die Kapitalismuskritik. Auch in der FAZ wurde ungeniert von Kapitalismus und Klassenkampf gesprochen. Im Vorjahr hatte eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung den Begriff des Prekariats allgemein bekannt gemacht.

Unzureichende Klassenanalysen und unzureichende Klassenpolitik

In solch einem Klima ist es nicht verwunderlich, dass auch die Beschäftigung mit Klassenfragen zunahm. Hans-Günter Thien, Herausgeber des 2010 erschienenen Bandes „Klassen im Postfordismus“ ist allerdings zuzustimmen, wenn er in dessen Vorwort schreibt, dass es vereinzelt Versuche auch hierzulande gab, die Veränderungen der sozialen Lagen in Verbindung mit einem Klassenkonzept zu diskutieren, „letztlich blieb es bisher insgesamt bei der Behandlung einzelner sozialer Gruppierungen und Problemfelder, während der Zusammenhang unscharf bleibt.“ Es gibt zahlreiche wichtige Untersuchungen zur Verbindung von Patriarchat und Klassenfrage, zu Migration und Klassenkampf. Klasse ist Bestandteil des Intersektionalitätsansatzes von race, class und gender; der Klassismus untersucht Unterdrückungsformen. Eine Transnationalisierung der Klassenverhältnisse wird untersucht bis hin zur Vorstellung eines Weltproletariats. Es gibt Einzeluntersuchungen zur herrschenden Klasse, aber eine empirisch untermauerte aktuelle Gesamt-Klassenanalyse in unserem Land fehlt.

Weit wichtiger scheint mir zudem, dass die Verbindung von Klasse und politischer Vertretung brüchig geworden ist. Der Niedergang der traditionellen Arbeiterparteien führte dazu, dass der Anteil von Arbeitern und Angestellten in der SPD dramatisch zurückgegangen ist. DIE LINKE konnte sich zwar nach langen Diskussionen dazu durchringen, ein Kapitel „Deutschland eine Klassengesellschaft“ in ihr Programm aufzunehmen, aber in weiten Teilen ist sie eine eher akademisch geprägte Partei, vor allem unter ihren FunktionsträgerInnen und Abgeordneten. Ihre Forderungen und Kampagnen sind eindeutig im Interesse der abhängig Beschäftigten, aber ihr Einfluss dort ist noch sehr ausbaufähig. Große Teile der Gewerkschaften haben nicht mehr das Interesse der Gesamt-Klasse im Auge, auch hier sind Partikularinteressen stark vertreten. Diskussionen über Klassenfragen, das haben nicht zuletzt die



Eribon-Veranstaltungen gezeigt, sind fast ausschließlich akademische Diskussionen. In der Arbeiterklasse selbst werden diese Diskussionen nur sehr selten geführt.

Plädoyer für eine neue umfassende Klassenanalyse

Hans-Jürgen Urban (IG Metall) sagte auf einer Veranstaltung der SL im Januar 2017, dass die Gewerkschaften den Klassen-Begriff sträflich vernachlässigt hätten. Dies betrifft sicherlich die gesamte Linke, der Eribon-Hype täuscht. Wenn wir allerdings über Klasse, vor allem Arbeiterklasse, reden, sollten wir einen gemeinsamen Begriff von dem haben, über was wir sprechen. Denn hieraus folgt Politik. Wenn man die Vorstellung von einer Unter-, Ober- und Mittelklasse hat, die sich vor allem am Einkommen orientiert, dann gehören die VW-Arbeiterin oder der Werkzeugmacher im Maschinenbau – falls sie nicht Leiharbeiter/innen sind – schon zur gegnerischen Seite. Wer glaubt, dass das Prekariat ein politisches Subjekt werden kann, muss die Frage beantworten, wie Wischmop und Laptop zusammen gehen sollen.

Es gibt 44 Mio. abhängig Beschäftigte hierzulande. Aus dieser Tatsache folgen gemeinsame Interessen in Lohn- und Gehaltsfragen, der Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, der Höhe der Rente usw.. Es müsste untersucht werden, wer von ihnen tatsächlich zur Arbeiterklasse gehört, denn auch in den Chefetagen haben viele ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, während WerkvertragsnehmerInnen u.a. oftmals direkt unter das unternehmerische Direktionsrecht fallen, obwohl sie formal selber UnternehmerInnen sind. Die Arbeiterklasse ist natürlich eigentlich eine ArbeiterInnen-Klasse, die Reproduktionsarbeit muss ebenso untersucht werden wie Geschlechtsspezifika in der Produktion. Ebenso die spezielle Rolle von MigrantInnen, die fast die Hälfte der manuell Arbeitenden stellen.

Zu einer soliden Klassenanalyse gehören selbstverständlich auch die Untersuchung der herrschenden Klasse, der Mittelklassen und der Intelligenz. Sie darf die unterschiedlichen Milieus und Differen-

zen innerhalb einer Klasse nicht vernachlässigen, ohne Bourdieusche Erkenntnisse ist sie kaum zu bewerkstelligen. Kurzum: wir brauchen dringend eine empirisch fundierte Gesamtuntersuchung der Klassenverhältnisse. Denn nur hieraus kann eine erfolgreiche Klassenpolitik entstehen. Denn es stimmt natürlich: Die Bildung einer „Klasse für sich“ ist in großen Teilen Konstruktion, politisches Handeln und das Eingreifen in und die Interpretation von Klassenkämpfen in der Politik und in der Bildungsarbeit. Die Arbeiterklasse, zu der Eribon zurückgekehrt ist, gibt es nicht mehr. Wir müssen uns mit der heutigen Arbeiterklasse beschäftigen, als Teil von ihr und als Bestandteil ihrer Kämpfe.

Heinz Hillebrand ist Leiter des Bereichs Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und Mitglied im BundessprecherInnenrat der SL.



Klassenbewusstsein - anders, als gemeinhin gedacht

Stefanie Hürtgen widerspricht populären Irrtümern zum Bewusstsein der Beschäftigten.

Der Begriff des Arbeiter_innen-Klassenbewusstseins ist hochgradig aufgeladen. Er wird in der Linken oft auf die Vorstellung verengt, entwickeltes Klassenbewusstsein richte sich in radikalen Forderungen gegen die Kapitaleseite und führe so zu kollektiven Handlungen, die „den“ Kapitalismus als System angreifen. Vor dem Hintergrund einer solchen Schablone attestiert ein Gutteil linker Aktivist_innen den „normalen“ Werk tätigen oft einen eklatanten Mangel an Klassenbewusstsein: sie seien letztlich unkritisch und würden eben deswegen rechts denken und wählen. Ohne den Begriff Klassenbewusstsein zu nutzen, werden auch in der wissenschaftlichen Forschung ganz ähnliche Zuschreibungen

vorgenommen: Arbeiter_innen gelten hier als „unternehmerisches Selbst“, als konkurrenzorientierte, einzig auf den eigenen Vorteil ausgerichtete Individuen, die Vorstellungen von Solidarität kaum noch kennen. Beide Male, politisch und wissenschaftlich, braucht es in einer solchen Perspektive vor allem Aufklärung der ideologisch Fehlgeleiteten über ihre wahren „objektiven“ Interessen.

Nun ist eine Entwicklung hin zu mehr sozialer Konkurrenz und zu mehr Rechtsautoritarismus nicht zu bestreiten. Aber ein auf die Maßeinheit „radikale Systemkritik“ fokussiertes Verständnis von Klassenbewusstsein ist gleich doppelt blind. Erstens für die sich seit Jahren steigernde Wut unter vielen „normalen“ Werk tätigen, für massenhafte Wahrnehmung von eklatanter Unge-

rechtigkeit auf der Arbeit und in der Gesellschaft. Zweitens sagt (schein-) radikale Systemkritik selbst wenig über Prozesse der (Selbst-)Ermächtigung und über solidarische Praxen, denn sie kann durchaus mit autoritärem Denken und Handeln zusammengehen. Wie die kritische Arbeitsforschung zeigt, fungiert dann heftiges Beklagen der maßlosen Profitgier und anderer Machenschaften von denen „da oben“ als Bestätigung der eigenen Ohnmacht. In dieser Logik wird Empörung entweder als sinnlos abgewiegelt („das bringt eh nichts“) oder aber sie wird, auf „starke Männer“ und Frauen projiziert, die „dem Establishment“ endlich mal die Leviten lesen sollen, während man sich selbst an denen vergreift, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten bzw. „draußen“ stehen: oft rassistisch markierte Ausländer_innen, aber auch sonstige „Asoziale“, vermeintlich „faule“ Arbeitslose oder prekär Beschäftigte.

Diese autoritäre Entwicklung auch unter Lohnabhängigen ist keineswegs neu, ebenso



wenig die Tatsache, dass sie angesichts sozialer Krisenerfahrungen zunimmt. „Die Arbeitslosen könnt' ich alle erschießen“ lautete schon Anfang der 1980er der bezeichnende Titel einer umfangreichen Forschungsarbeit, die sich mit der Verarbeitung von Wachstumseinbrüchen und ihren sozialen Folgen befasst hatte (Zoll u.a.1984). Anders gesagt: Die Geschichte der Arbeiterbewegung insgesamt muss als ein permanentes Streiten gegen die proletarische Urfahrung aufgefasst werden, als „Pöbel“ und „Habenichtse“ von der Gesellschaft nichts erwarten und schon gar nicht gestaltend in sie eingreifen zu können – und deshalb im Zweifel nach unten zu treten.

Auch heute ist dies ein Streit, eine Auseinandersetzung! Wie gelingt es, Schneisen solidarischer Praxis und eingreifenden Handelns zu schlagen, gegen die ebenfalls beständig im Alltag gemachten systemlogischen Erfahrungen der Objektivierung, also als Arbeitskraft in Konkurrenz und Hierarchien zu stehen und zugleich als Subjekt negiert zu werden? Ein Klassenbewusstseinsbegriff, der für emanzipatorische Praxen und Denkweisen unterhalb einer abstrakten Systemkritik blind ist, stärkt die progressive Seite dieses permanenten Kampfes gerade nicht! Nach sozialen Praxen und Alltagshandeln zu fragen, heißt notwendig, nach Widersprüchen zu fragen. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit ist ein soziales Verhältnis und wird als solches immer auch von der Arbeitsseite (mit-)reproduziert. Anders formuliert: der Klassenkonflikt findet nicht statt, nachdem die Lohnarbeit dem Kapital untergeordnet wurde, sondern mit Lohnabhängigen als denkenden und handelnden Menschen. Klassenkampf ist zuallererst die alltägliche Auseinandersetzung um die Art und Weise dieser Unterordnung selbst (Holloway 2002). Nur von den Kämpfen um diese Art und Weise der (immer auch: Selbst-)Unterordnung unter das Kapitalverhältnis ist eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise her zu denken – und nicht umgekehrt.

Wie können diese grundlegenden Überlegungen mit der jüngeren Arbeiter_innenbewusstseinsforschung zusammengebracht werden?

Wichtig ist: Lohnabhängige haben weitreichende Vorstellungen von einer guten und gerechten Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft – und halten gegen alle neoliberalen „Anrufungen“ verbreitet an ihnen fest. Solche Gerechtigkeitsvorstellungen (klassisch dazu Thompson 1980) messen aktuelle Entwicklungen und eigene Erfahrungen an einem vorgestellten, besseren Möglichkeitshorizont. Dieser schwebt nicht losgelöst als reine Utopie über dem Hier und Jetzt, sondern gilt als „prinzipiell machbar“, gerade weil er bereits in Alltagspraxen angelegt ist.

Betrachten wir einige dieser Gerechtigkeitsnormen genauer, so findet sich schnell das als „ideologisch“ kritisierte Prinzip der Leistungsgerechtigkeit: Wer mehr leistet, soll mehr Anerkennung, mehr Geld bekommen usw., wobei oft vage bleibt, was genau „mehr“ oder „weniger“ bedeuten (z.B. Kratzer u.a. 2015). Allerdings sollte, bei aller Ambivalenz dieser Gerechtigkeitsnorm (die äußerst ausgrenzend wirken kann gegenüber allen, die als „Leistungsverweigerer“ erscheinen), ihre kritische Kraft nicht übersehen werden: Historisch war es das mit dem Wohl-

fahrtsstaat etablierte Verständnis von Lohnarbeit als inhaltlicher, für die Gesellschaft sinnvoller Tätigkeit, die aus den „Habenichtsen“ respektierte (Rechts-)Subjekte mit legitimen Ansprüchen und Forderungen machte. Gerade bei den stärker politisierten Arbeiter_innen gilt nicht der Sieg im Konkurrenzkampf als Leistung, sondern das Verständnis, die eigene (Lohn-)Arbeit, egal ob qualifiziert oder nicht, „gut“, das heißt sinnvoll und verantwortungsvoll zu verrichten: keinen „Schrott“ zu produzieren oder auch – in den Krankenhäusern und Heimen – die Würde des Anderen zu respektieren und entsprechend rücksichtsvoll zu pflegen. Damit fungiert das Prinzip guter Leistung als zentrales Motiv von Kritik, an zu geringer Bezahlung („nur wer ordentlich bezahlt wird, kann auch ordentlich arbeiten“), aber eben auch an eklatantem Personalmangel und wachsender Arbeitsintensivierung (wie beim Konflikt in der Charité und im Saarland). Es steht der Logik permanenter Steigerung entgegen, teilweise bis hin zur Kritik an der unökologischen Logik der gesamten Produktion.

Eine zweite von den Beschäftigten stark gemachte Norm zielt auf die Notwendigkeit, die (Arbeits-)Welt menschlich zu gestalten. Lohnarbeit und Menschlichkeit dürfen sich hiernach nicht ausschließen: Sie seien keine „Roboter“, sagen einige, sie seien Menschen und hätten

Zum Weiterlesen

- WSI-Schwerpunktheft 7/2016
- Detje, R./Menz, W./Nies, S./Sauer, D. (2011): Ohnmacht und adressatenlose Wut im Betrieb. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 87, zit. nach: <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/262.ohnmacht-und-adressatenlose-wut-im-betrieb.html>, 15.05.2017
- Holloway, J. (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster
- Hürtgen, St./Voswinkel, St. (2014): Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte. Berlin.
- Kratzer N./Menz, W./Tullius, K./Wolf, H. (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb. Baden-Baden.
- Thompson, E.P. (1980): Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt/M. u.a
- Zoll, R. (Hg.) (1984): „Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen.“ Arbeiterbewusstsein in der Wirtschaftskrise. Köln.

ein Recht darauf, auch so behandelt zu werden (Hürtgen/Voswinkel 2014)! Diese Norm meint einerseits Anerkennung von Vielfalt: In ihrer tagtäglichen Zusammenarbeit setzen sich Lohnabhängige beständig mit ihrer sozialen, sexuellen, altersbezogenen, nationalen usw. Unterschiedlichkeit auseinander, ebenso wie mit bestimmten „Macken“ oder sich verändernden Bedürfnissen, die sich aus dem sozialen Lebensverlauf ergeben. Allem mitunter parallel fortwirkenden Rassismus und Sexismus zum Trotz gilt – von der (linken) Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – auf der Arbeitsebene verbreitet ein Prinzip der gleichen Achtung als Mensch: Egal du alt oder jung, dick oder dünn, homo- oder heterosexuell, Türkin oder Deutsche bist – wir arbeiten zusammen. Und insbesondere wird respektvolle und gleiche Behandlung von den Vorgesetzten erwartet. „Menschlichkeit“ meint darüber hinaus auch, die leibliche und seelische Verletzbarkeit zu berücksichtigen. Viele erzählen, dass sie von Vorgesetzten angeschrien werden, dass sie nicht zur Toilette dürfen, im Dunkeln arbeiten müssen, Arbeitsbedingungen vorfinden, die „krank machen“. Aber sie berichten auch von einer Fülle tagtäglicher Grenzbeziehungen, kleineren solidarischen Aktionen und kollegialen Gesten, um gegen die Verletzung leiblicher und seelischer Integrität vorzugehen. Auch zu geringer Verdienst und sozialer Unsicherheit werden als unmenschlich und würdelos aufgefasst. Hier zeigt sich, dass Arbeit aus der Verwertungsperspektive eine abstrahierende Sichtweise des Kapitals ist, eine Abspaltung von dem, der sie verrichtet. Gegen diese stellen die Arbeitenden immer wieder neu das Konkrete, Menschliche, Sinnvolle, Leibliche:

„Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist kein menschliches, sondern ein rein ökonomisches. Der Fabrikant ist das ‚Kapital‘, der Arbeiter ist die ‚Arbeit‘. Und wenn der Arbeiter sich nicht in diese Abstraktion hineinzwingen lassen will, wenn er behauptet, dass er nicht ‚die Arbeit‘, sondern ein Mensch ist, der allerdings unter anderem auch die Eigenschaft des Arbeitens hat [...] so steht dem Bourgeois der Verstand still.“ (Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW 2, S. 487).

Ein dritter, wichtiger Befund der gegenwärtigen Arbeiter_innenbewusstseinsforschung lautet, dass die ökonomische Krise 2008ff. für viele Beschäftigte nur bedingt einen sozialen und ökonomischen Einschnitt darstellte. Nicht, weil es ihnen, wie offiziell beständig propagiert, schnell „wieder gut“ ging, sondern aus dem umgekehrten Grund: für viele Lohnabhängige – auch Stammebelegschaften – ist „immer Krise“: Auftragseinbrüche und Ungewissheit über Standort, Unternehmen und Arbeitsplatz sind längst zu Dauererfahrungen geworden (Hürtgen 2008). Unternehmen sind keine stabilen Gebilde mehr, sondern werden – im

Namen beständig aufeinander folgender Optimierungsprogramme – beständig neu aufgestellt, umorganisiert, in Teilen outgesourced usw. Dauerkrise meint aus Sicht der Lohnabhängigen aber auch, dass für kommunale Aufgaben „kein Geld“ da ist, öffentliche Infrastruktur wie Schulen, ÖPNV und dergleichen „den Bach runtergehen“, dass sehr viele Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können (wer nicht selbst betroffen ist, kennt dies von Freunden und Verwandten), dass es immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt, oder dass sie selbst, spätestens die Kinder, mit einer Armutsrente rechnen müssen. Es ist vielen linken Aktivist_innen ins Stammbuch zu schreiben, dass Lohnabhängige massenhaft ein ganzes (neoliberales) Entwicklungsmodell als asozial begreifen und keineswegs vorschnell irgendwelche „akuten“ Krisenerzählungen nachplappern! Auch das aktuelle, alles erdrückende Narrativ der „Flüchtlingskrise“ ist zuerst einmal ein Narrativ der Herrschenden, und es kann – vor dem Hintergrund des hier skizzierten starken Bewusstseins der eigenen Klassenlage – durchaus als Versuch einer hegemonialen Brechung dieses Bewusstseins aufgefasst werden.

Allerdings aber, so der nächste wichtige Befund, gehen Wut und Empörung trotz alltäglicher größerer und kleinerer Arbeitskämpfe mit insgesamt wachsenden Ohnmachtsgefühlen einher. Denn es erfolgt kein prinzipieller Wechsel der als asozial und inhuman wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklung. Im Gegenteil. In der Vorstellung von „Krise als Dauerzustand“ ist auch die aktuelle eigene Defensivposition enthalten, eine hohe Anzahl sozialer und politischer Niederlagen: „Weder hat man [...] die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen [...] verhindern können, noch die höchst einseitige Verteilung des neu produzierten Reichtums zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen“ (Detje u.a. 2011, 5). Die eigenen sozialen, aber auch die



weiteren politischen Ressourcen (Haltung der Gewerkschaften, der ehemaligen Arbeiterparteien etc.) werden verbreitet als eklatant unzureichend eingeschätzt, um diesem Trend in Betrieb und Gesellschaft Einhalt zu gebieten. Die aus diesen gesellschaftlichen, nicht nur einzelnen betrieblichen, Niederlagen entstehenden, umfassenden Ohnmachtsgefühle sind seit Jahrzehnten dokumentiert. Sie kulminieren in eine „adressatenlose Wut“: gegen das System, das Kapital – ohne dass sich die mitunter hochaggressiven Umsturz- und Vergeltungsfantasien in konkrete, emanzipatorische Handlungsoptionen übersetzen lassen und zur Potenz gesellschaftlicher Veränderung werden können (Detje u.a. 2011).

Das Fatale ist, dass die breit erlebte Ohnmacht jene bereits angesprochene Erfahrung, zu Objekten gemacht zu werden, bestätigt, gegen die sich die Arbeiterbewe-

gung von Beginn an aufgestellt hat, ohne sie – innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise – je gänzlich abschütteln zu können. Damit ist nicht nur der Rückzug ins Private gemeint, sondern vor allem eine mittlerweile breite Delegitimierung kritischen, eingreifenden Handelns als „Illusion“ oder „irrational“: Man habe wohl noch nicht verstanden, wie das Arbeitsleben eben tickt? Während Vorstellungen einer inhaltlich sinnvollen Arbeit und einer menschlichen Arbeits- und Lebensweise nach wie vor breit geteilt werden, dreht sich die tagtägliche praktische Frage in Betrieben und Büros darum, ob es überhaupt noch „was bringt“, sich auf diese Normen zu beziehen, also zu kritisieren, einzugreifen – oder ob man „notgedrungen“ die herrschenden (!) Spielregeln akzeptieren muss, Vorstellungen von Sinn und Menschlichkeit in Arbeit und Gesellschaft also nichts als schöne Fantasie sind, an die

man sich nicht klammern darf, will man hier und jetzt nicht untergehen (Hürtgen/Voswinkel 2014). Wohlgedemert: bislang läuft diese Auseinandersetzung noch! Es gibt unzählige „rührige“ Arbeiter_innen in Betrieben, Büros und Ämtern, die in vielerlei Kleinkriegen sowohl gegen wachsende „systemische“ Verrohung, wie auch gegen die passivierende „Desillusionierung“ ihrer Kolleg_innen ankämpfen. Es wird Zeit, an einem Begriff von Klassenbewusstsein weiterzuarbeiten, der diese Kämpfe politisch-theoretisch wahrnimmt und so vielleicht auch politisch orientierend wirken kann.

Stefanie Hürtgen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt Transnationalisierung von Arbeit und (Re-)Produktion.





Neue Klassenkämpfe im autoritären Kapitalismus und populare Klassenpolitik

Thomas Goes über die widersprüchliche politische Dynamik der Klassenkämpfe in Deutschland.

In den vergangenen Jahren wurde wieder mehr gestreikt in Deutschland. 2015 war in der Presse sogar von einer „Streikrepublik“ die Rede. Damals fielen mehrere Streikauseinandersetzungen zusammen, etwa der lange Arbeitskampf der GdL, die Tarifikampagne in den Sozial- und Erziehungsdiensten und Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie. Hinzu kam der überraschende Abwehrkampf, den ver.di gegen die Ausgründungen von Belegschaftsteilen bei der DHL führte.

Seit etwa 2010 konnten IGM und NGG im Osten nach einer langen Durststrecke auch wieder Mitgliedergewinne feiern. Die Impulse zur Organisation kamen dabei in der Regel aus den Betrieben selbst. Können wir also von einer Trendwende sprechen, von einem sich abzeichnenden Aufschwung des ‚Klassenkampfes von unten‘? Gleichzeitig wurden wir Zeugen reaktionärer Mobilisierungen gegen Geflüchtete, an denen ebenfalls Teile der unteren Klassen teilgenommen haben – es waren Kämpfe mit rückwärtsgewandter Stoßrichtung, in denen Prekaritäts- und Deklassierungserfahrungen eine (zumindest untergründige) Rolle spielten. Das Terrain ist sowohl für

eine demokratische Klassenbewegung als auch für die autoritäre Revolte bereitet.

1. Neoliberalisierung als Erfahrungshintergrund

Hinter uns liegt eine lange Phase des Neoliberalismus und der Neuzusammensetzung der Klassen. Die Ausweitung von Kapitalmacht ging nicht nur einher mit neuen Spaltungslinien und der Herausbildung eines „marktzentrierten Herrschaftsregimes“, für das die Prekarisierung von Arbeit und Leben von zentraler Bedeutung ist – es entstanden auch eigensinnige Legitimationsprobleme (innerhalb) des autoritären Kapitalismus und neue Klassenkämpfe.

Drei große „Bruchstellen“ des neoliberalen Regimes lassen sich ausmachen: Unmut über gewachsene soziale Ungleichheiten und Existenznöte, Unbehagen über Entdemokratisierung und anhaltenden Flexibilitäts- und Marktdruck (Dauerstress durch mangelnde Vereinbarkeit von Arbeit und Leben).

Angehörige der Klassen teilen die Erfahrung, dass Leistungsdruck und Bewährungsproben zugenommen haben. Werden sie nicht erfüllt, drohen erreichte Positionen

verloren zu gehen. Bei allen Gemeinsamkeiten sind die Belastungen ebenso wie die Chancen aber ungleich verteilt. Aufstieg ist etwa für die mittleren lohnabhängigen Schichten und das lohnabhängige Kleinbürgertum durchaus möglich, aber schwieriger als in früheren Zeiten. Die unteren Milieus der arbeitenden Klassen laufen hingegen stark Gefahr, abzustiegen und in Armut zu stürzen. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind heute in den meisten Teilen der Klassen normal – auch, wenn sie im lohnabhängigen Kleinbürgertum eher Passagen im Lebenslauf darstellen, während es in den unteren Klassenmilieus normaler wird, lebenslang oder doch immer wieder prekär arbeiten zu müssen.

Es haben sich tiefergehende Ungleichheiten innerhalb der Klassen herauskristallisiert, nicht nur zwischen Prekären und Langzeiterwerbslosen auf der einen und den relativ Gesicherten auf der anderen Seite, sondern beispielsweise auch zwischen Niedriglohnbeschäftigten in Zulieferbetrieben und den Hochlohnbeschäftigten in Monopolkonzernen. All das schlägt sich auch im Beschäftigtenbewusstsein nieder.

2. Das rechte Aufbegehren: autoritäre und ausgrenzende Kämpfe

Das rechte Aufbegehren steht uns klar vor Augen, etwa die Pegida-Demonstrationen, bei denen wir Teile der ArbeiterInnenklasse und des traditionellen und neuen Kleinbürgertums auf den Straßen sehen konnten. Auch das war insofern Klassenpolitik, als soziale Fragen durchaus eine Rolle spielten – autoritäre und entsolidarisierende Reaktionen, mit denen sich Teile der unteren Klassen durch Abwertung der „Anderen“ selbst erhöhen, zum Teil eigene Benachteiligungserfahrungen innerhalb der prekarierten Arbeitsgesellschaft reaktionär verarbeiteten. Umfragen unter rechtspopulistischen WählerInnen zeigen, dass sich bei ihnen rassistische Stereotype mit sozialen Sorgen und Ängsten mischen. Für ein radikales rechtes Programm auf völkischer und national-sozialer Grundlage gibt es durchaus erhebliche Anknüpfungspunkte in der Bevölkerung. Das zeigen Erfahrungen von aktiven GewerkschafterInnen, die von heftigen Auseinandersetzungen über die AfD in Betriebsversammlungen berichten. Eine offene Positionierung der Gewerkschaften gegen die radikale Rechte wird zum Teil mit Austrittsdrohungen oder tatsächlichen Austritten aus der Gewerkschaft quittiert. Verlustängste und wachsende Belastungen gehen zum Teil mit Wut und Hass auf all jene einher, die sich angeblich den Lasten, Zwängen und Unsicherheiten der prekarierten Arbeitsgesellschaft nicht unterwerfen müssen: ob nun imaginierte faule Erwerbslose oder MigrantInnen, deren gutes Leben (in dieser Sicht) noch mitfinanziert werden muss.

Abwertungen gegenüber Geflüchteten und Langzeiterwerbslosen erreichen sogar schichtübergreifend über 40 bis 45-prozentige Zustimmungswerte. Qualitative Studien, die sich mit der Stellung solcher Aussagen innerhalb des Alltagsbewusstseins befassen, zeigen allerdings auch, dass dies nicht mit verfestigten, in sich

geschlossenen autoritär-populistischen Deutungsmustern zu verwechseln ist. Hier gehen die Untersuchungen auseinander, sie bewegen sich aber zwischen fünf und 20 Prozent.

In meiner Studie zu gewerkschaftlichen Solidaritäts- und Mobilisierungspotenzialen von prekarierten Beschäftigten fanden sich fremdenfeindliche und exklusiv-solidarische Verarbeitungsweisen, an die der rechte Populismus anknüpfen kann, auch bei Betriebsräten und gewerkschaftlich Aktiven. Eine andere Untersuchung zum politischen Bewusstsein junger GewerkschafterInnen, kommt zu ähnlichen Ergebnissen. „Gewerkschaftsmäßig könnte man ja erstmal was für uns Deutsche tun“, lässt sich die zentrale Verarbeitungsweise zusammenfassen. Das ist ein Problem, fordert es doch das demokratische und an umfassender Solidarität orientierte Selbstverständnis vieler GewerkschafterInnen heraus.

Aber in konkreten Kämpfen und der gewerkschaftlichen Organisierungskultur können diese Sichtweisen und Einstellungen herausgefordert und verändert werden. Natürlich ist das kein Selbstläufer, sondern hängt davon ab, wie sich kämpferische und internationalistische GewerkschafterInnen und Linke in diesen Auseinandersetzungen verhalten. Damit soll die Situation nicht entdramatisiert, sondern vielmehr dafür plädiert werden, diese widersprüchlichen Verarbeitungsweisen nicht „rechts liegen“ zu lassen. Das Autoritäre und Ausgrenzende lässt sich nur isolieren, wenn wir in einen kritischen Dialog eintreten und alternative Lösungsansätze anbieten.

3. Das demokratisch-soziale Aufbegehren: Ansatzpunkte einer populären Klassenpolitik

Es gibt aber auch vielfältige Ansätze eines demokratischen Klassenkampfes, die zu Ausgangspunkten einer populären Klassenpolitik von links gemacht werden könnten, etwa die Verdichtung von Arbeits-

kämpfen oder aus ostdeutschen Betrieben hervorgehende Organisierungsbewegungen. Demokratiepolitisch motiviert waren dagegen Stuttgart 21, die Blockupy-Aktionen und die Mobilisierungen gegen TTIP. Während dies anlassbezogene Mobilisierungen waren, wurzeln die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen im Alltag. Zwar lassen sie sich abstrakt auf einige gemeinsame Nenner bringen – es handelt sich um Kämpfe um Lohn, um bessere Arbeitsbedingungen und um Anerkennung –, ihre Anlässe und Verläufe sind aber dennoch sehr unterschiedlich.

Rund 1,1 Mio. Beschäftigte waren 2015 an Streiks beteiligt, insgesamt gab es rund zwei Mio. Streiktage – seit über einem Jahrzehnt hatte es nicht mehr so viele Streikauseinandersetzungen gegeben. Dennoch finden in Deutschland immer noch relativ wenige offene Arbeitskämpfe statt. 2005 bis 2013 kamen im Durchschnitt 16 Streiktage auf 1000 Beschäftigte, in Dänemark waren es im selben Zeitraum 135. Damit sind wir weit entfernt von einer Intensität der Klassenkämpfe, wie es sie vorübergehend in den 1950er und 70er Jahren gab (1950-54 kamen auf 1000 Beschäftigte im Schnitt 75, 1970-74 55 Streiktage). Aber gerade im Vergleich zu der „Durststrecke“ der vergangenen 30 Jahre (nach den Arbeitskämpfen um die Arbeitszeitverkürzung Mitte der 1980er), geben die jüngste Zunahmen zumindest Anlass zur Hoffnung.

Zwei Merkmale ragen aus der jüngsten Streikgeschichte heraus. Zum einen nehmen die sogenannten „Häuserkämpfe“ zu, also Streiks, die auf ein einzelnes Unternehmen beschränkt bleiben. 2007 gab es davon 82, 2014 waren es 214 – davon 160 im Organisationsbereich von ver.di. Der Arbeitskampf wird also dezentralisierter, lokaler. Insgesamt verschieben sich die Streikauseinandersetzungen in die Dienstleistungssektoren. 2015 fanden nicht



weniger als 80 Prozent der Streiks bei Dienstleistern statt, das waren 90 Prozent aller Streiktage.

Warum wird also in den Dienstleistungsbranchen mehr gestreikt als etwa in der chemischen Industrie und der Metall- und Elektroindustrie? In einigen Bereichen haben sich starke Wettbewerbsbündnisse zwischen Betriebsräten, Gewerkschaften und Unternehmen herausgebildet (in denen BelegschaftsvertreterInnen, um Arbeitsplätze zu sichern, entweder Abstriche hinnehmen oder gar zu „Rationalisierern in Eigenregie“ werden). Mit Blick auf die IG BCE ist es wohl kaum übertrieben, von einem ausgeprägten Unwillen zu wirklichen Auseinandersetzungen mit dem Kapital zu sprechen. In Teilen der Metall- und Elektroindustrie, insbesondere der Automobilproduktion, finden sich ähnliche Politikansätze.

Aber das erklärt die Häufungen in den Dienstleistungssektoren nur zum Teil. Zur Wahrheit gehört auch, dass in der Metall- und Elektroindustrie weniger gestreikt werden

muss, weil die Produktionsmacht der Belegschaften und die gewerkschaftliche Organisationsmacht in diesen Sektoren viel größer ist als in vielen Dienstleistungsbereichen. In den Dienstleistungsbereichen dagegen sind „Arbeitgeber“ häufig konfliktbereiter, weil sie schlechter organisierten Belegschaften gegenüberstehen, deren Arbeitsmarkt- oder Produktionsmacht geringer ist. Das krassste Beispiel der jüngsten Vergangenheit war die Streikbewegung in den Sozial- und Erziehungsdiensten, die den kommunalen Arbeitgebern keinen ökonomischen Schaden zufügen konnte.

Aber natürlich ist in den industriellen Sektoren nicht alles eitel Sonnenschein. In einer Studie zu gewerkschaftlichen Organisationsbewegungen in Ostdeutschland, die mehrheitlich aus den Betrieben selbst hervorgegangen sind, konnten wir erhebliche Konfliktpotenziale nachzeichnen, die sich auf eine unnachgiebige Politik und zuweilen auch ausgeprägte Mitbestimmungsfeindlichkeit der Unternehmen zurückführen lie-

Ben. Belegschaften kämpften hier nicht nur um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen, sondern auch für mehr Anerkennung und ein Mindestmaß an demokratischer Mitbestimmung. Lohnforderungen spielten zwar eine zentrale Rolle, in aller Regel wurden sie aber von Anerkennungsbedürfnissen und starken Ungerechtigkeitsgefühlen angetrieben. Kleine Gruppen betrieblich Aktiver wurden zu Motoren der Organisation. Dabei mussten sie, in Zusammenarbeit mit hauptamtlichen GewerkschafterInnen, sehr strategisch vorgehen, sich Stück für Stück durch Überzeugungsarbeit in der Belegschaft Rückhalt und eine eigene Machtbasis aufbauen.

Das war nicht zuletzt deshalb nötig, weil in fast allen 25 untersuchten Betrieben Formen gewerkschafts- und/oder mitbestimmungsfeindlichen Handelns zu beobachten war, durch das Geschäftsführungen Betriebsratsgründungen oder Tarifverhandlungen zu behindern versuchten. War es den Aktiven erst einmal gelungen, eine stabile Machtbasis aufzubauen und einen Betriebsrat zu gründen, kam es nur



Foto: DIE LINKE / flickr CC BY 2.0

in einer Minderheit der Fälle zum offenen Arbeitskampf. Gerade in den Betrieben, die zur Wertschöpfungskette der großen Automobilkonzerne gehörten, reichte es, dass Streikbereitschaft signalisiert wurde. Das ändert aber nichts daran, dass in den beschriebenen betrieblichen Auseinandersetzungen „unterhalb des Streikradars“ Politisierungsprozesse stattfanden, die für Linke eigentlich hervorragende Anknüpfungspunkte bieten.

4. Was tun?

Autoritärer Kapitalismus und populare Klassenpolitik

Einiges spricht dafür, dass uns der autoritäre Kapitalismus erhalten bleibt – und damit auch das demokratische und soziale Aufbegehren gegen und, sofern sie soziale Wurzeln hat, die autoritäre Rebellion in ihm.

Die Politik des Blocks an der Macht und seiner neoliberalen Eliten ist nicht im luftleeren Raum, sondern auf der Grundlage einer strukturell-krisenhaften Entwicklungsphase des Kapitalismus entstanden. Es ist nicht absehbar, dass eine neue wirtschaftliche Wachstums- und Prosperitätsphase entsteht, wie

sie in den 1950er und 60er Jahren einen Zuwachs an sozialer Teilhabe und geringfügiger Demokratisierung ermöglichte. Eine solche neue Wachstumsphase wäre aber die Bedingung für ein reformpolitisches Projekt, das einem neuen Klassenkompromiss, also einem Ausbau und einer Erneuerung des Sozialstaates auf die Spur helfen würde. Nur eine solche Konstellation würde auch objektiv den „Druck aus dem Kessel“ nehmen, der sich in den Dienstleistungs- und in den Industriesektoren anstaut.

Ausgehend von den umrissenen Formen sozialen und demokratischen Aufbegehrens gegen den autoritären Kapitalismus müssten wir daher eine „populare Klassenpolitik“ entwickeln, die darauf zielt, ein neues Unten-Mitte-Bündnis, einen „Machtblock von unten“ aufzubauen. Dabei ist an zwei Fronten zu kämpfen: gegen den Block an der Macht und die „extreme politische Mitte“ aus CDU/CSU, FDP und großen Teilen der SPD und Grünen einerseits, gegen die national-soziale Tendenz des rechten Populismus andererseits.

Die dargestellten Arbeitskämpfe bzw. das von ihnen ausgedrückte

„Reservoir von Ungerechtigkeitsgefühlen“ bieten wichtige Anknüpfungspunkte für eine populare Klassenpolitik, die daran arbeitet, ein Bündnis zwischen verschiedenen Teilen der unteren Klassen zu knüpfen.

Diese Klassenpolitik muss aber auf antirassistischer und feministischer Grundlage entwickelt werden, praktische Organisationsarbeit mit einem sozialen Programm, Kampagnen für Demokratisierung und einem politisch-kulturellen Kampf gegen exklusive Solidarität, ausgrenzende Ideologien und autoritäre Lösungen verbinden.

Eine Grundvoraussetzung, damit die LINKE eine solche Politik überhaupt entwickeln könnte, ist ihre lokale Handlungsfähigkeit: vor Ort als „organisierende Linke“ zu wirken und durch Formen der Solidaritätspolitik lokale und regionale Arbeitskämpfe zu unterstützen und zu verbinden.

Thomas Goes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen mit Schwerpunkt Industrie- und Arbeitssoziologie.

Die Zumutungen der Klasse. Vielfältige Identitäten und sozialistische Klassenpolitik

Alex Demirović begründet, warum Klassenauseinandersetzungen und die vielfältigen Emanzipationskämpfe verbunden werden müssen.

Der Erfolg autoritär-populistischer PolitikerInnen und ihrer Kritik an Globalisierung, an Arbeitslosigkeit und Unsicherheit haben zu einer neuen Aufmerksamkeit für die Klassenfrage geführt. Bestärkt wurde das durch Diskussionen über das Buch „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon. In der Debatte wird der Eindruck erweckt, als habe die Linke in den vergangenen Jahren die soziale Frage aus den Augen verloren und sich nur noch für Anerkennungs- und „Identitätsfragen“ engagiert, also für Fragen der geschlechtlichen und sexuellen Emanzipation oder der Bekämpfung von Rassismus und Nationalismus. Mit einer solchen Argumentation geht dann die Einschätzung einher, es handle sich um die Lebensweise eines globalisierten und großstädtischen, gut gebildeten Kleinbürgertums, das für neue Kommunikations- und kulturelle Alltagspraktiken offen sei, lifestylegerecht teure Bioprodukte konsumiere – aufgrund des eigenen bürgerlichen Lebensstils jedoch unter einem Wahrnehmungsverlust hinsichtlich der Lebenslage vieler Menschen leide.

Solche Teile des Kleinbürgertums gibt es. Aber es gibt auch jene, die in der Sozialforumsbewegung aktiv waren, sich für eine ressourcenschonende Postwachstums-gesellschaft einsetzen oder sich für Flüchtlinge engagieren. Vielleicht ist das Problem eher, dass die Linke dazu tendiert, in zwei Milieus auseinanderzufallen: die einen, die sich vor allem mit Fragen von Verteilung, Armut, Arbeitslosigkeit, Löhnen und Gewerkschaften beschäftigen, die anderen, die sich vor allem mit Fragen des Klima-

wandels, der Ernährungsgewohnheiten, der Emanzipation von der heterosexuellen Normativität und von Rassismus oder mit demokratischen Rechten befassen.

Die Linke tut sich keinen Gefallen, wenn sie Klassenpolitik und Identitätspolitik gegeneinander stellt und nicht deren innerem Zusammenhang nachgeht. Viele derjenigen, die sich angeblich nicht für Verteilung, sondern nur für „Identitätsfragen“ interessieren, sprechen damit durchaus materielle Fragen an: Sexismus führt zur Benachteiligung von Frauen im Beruf und in Partnerschaften – sie werden auf bestimmte, vermeintlich frauentypische Kompetenzen festgelegt, schlechter entlohnt und finden häufiger nur prekäre Jobs. Auch Arbeiterinnen sind sexueller Belästigung ausgesetzt. Ob die Abtreibung von Krankenkassen übernommen und in Krankenhäusern durchgeführt wird, kann gerade für ärmere Frauen zur Schicksalsfrage werden. Der Rassismus ist die Grundlage für die Zerstörung ganzer Regionen oder für die Überausbeutung von Menschen. Die ökologische Frage, wie gesunde Ernährung, der Zugang zu sauberem Wasser, nachhaltige Energieerzeugung oder Mobilität, betrifft nicht nur ein vermeintlich saturiertes Kleinbürgertum, das auf die eigene schlanke Linie und seine Fitness achten muss. Auch die ArbeiterInnen sind betroffen, wenn es um den sicheren Arbeitsplatz ohne Gesundheitsrisiken, Lärm- und Luftbelastung, die medizinische Versorgung oder die Qualität der Lebensmittel geht. Auch ArbeiterInnen leiden unter konventionellen Familienformen oder Geschlechteridentitäten

als Mann oder Frau und damit verbundenen Verhaltenserwartungen, auch unter ihnen gibt es Schwule, Lesben oder Transmenschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung gemobbt oder nicht eingestellt werden, staatliche Verfolgung oder (medizinische) Gewalt erfahren. Alle diese Momente des Lebenszusammenhangs der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen sollten nicht voneinander isoliert werden. Sonst besteht die Gefahr der Verengung des Verständnisses von Klasse und falscher Spaltungslinien.

Es wäre auch falsch sich die ArbeiterInnenklasse als Einheit vorzustellen. Zwar sind alle Mitglieder der ArbeiterInnenklasse Teil des gesellschaftlichen „Gesamtarbeiters“ (so der Begriff von Marx im „Kapital“). Das kann ein Anknüpfungspunkt für Gemeinsamkeiten darstellen. Doch eine gemeinsame Identität und gemeinsame Handlungsperspektiven ergeben sich nicht gleichsam wie von selbst aus den Produktionsverhältnissen. Denn die Einzelnen und Gruppen, aus denen der Gesamtarbeiter zusammengesetzt ist, orientieren sich ganz unterschiedlich in ihren Lebensweisen und Weltauffassungen: beruflichen, betrieblichen Gründen, aufgrund von Geschlecht und familiärer Arbeitsteilung, nationaler Herkunft, Alter, Bildungsstand, formellem Erwerbsstatus und Beschäftigungsperspektive, Qualifikation, konkreter Tätigkeit und Einkommen, Betriebsgröße und Stellung in der Hierarchie, religiöser Bindung, Organisationserfahrungen und Kampftraditionen oder Zugehörigkeit zu Organisationen wie Gewerkschaft oder Partei.



Der Gesamtarbeiter umfasst viele Menschen, die über den Globus verstreut gemeinsam an der materiellen Produktion des Lebens teilnehmen. Aber diese Gemeinsamkeit steht ihnen unter privatwirtschaftlichen Bedingungen nicht zur Verfügung. Die Linke existiert nicht willkürlich, sondern antizipiert die sich ihrer Gemeinsamkeit bewusste Menschheit. Die verschiedenen Strömungen, die konkreten Formen der ArbeiterInnenbewegung und der sozialen Bewegungen gehen aus diesem widersprüchlichen Prozess der Organisation des Gesamtarbeiters

hervor. Sie entstehen organisch aus den historischen Notwendigkeiten heraus, die eine Vielzahl sehr heterogener Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionen, Lebensformen und Einstellungen veranlassen, Freiheit gewinnen zu wollen, indem sie ein Kollektiv bilden, das in der Lage ist, gemeinsam zu handeln und gemeinsam zu Entscheidungen über die Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens zu gelangen. Große Teile der historischen Linken haben sich allerdings oft darauf beschränkt, bestimmte Formen der Industriearbeit, wie Schwerindustrie und verarbeitende Industrie (Bau, Bergbau, Metall, Chemie, Textil), in den Mittelpunkt zu rücken. So entstand ein bestimmtes, naturalistisches Verständnis von materieller Reichtumsproduktion, in deren Zentrum die schwere körperliche Arbeit stand. Sie wurde über lange Zeit von den Gewerkschaften und von den Parteien der Arbeiterbewegung zum Hauptbezugspunkt gemacht. Andere Formen der Arbeit, die zumeist von Frauen erbracht wurden, wie Hausarbeit, erzieherische Tätigkeiten, Pflegearbeit und fürsorgliche Eigenarbeiten, fanden nur am Rande Beachtung.

Die Linke hat auch zu wenig wahrgenommen, wie Macht- und Herrschaftsverhältnisse die ArbeiterInnenklasse selbst durchziehen und prägen. Marx spricht das im „Kapital“ sehr deutlich an: Die Männer verkaufen die Arbeit ihrer Frauen und Kinder, wie wenn diese Sklaven wären – und dennoch bezieht er das Geschlechterverhältnis, die generative Reproduktion und damit das ganze Feld bürgerlicher Einwirkungen auf die ArbeiterInnen durch Moralisierung der Familie und Sexualität nicht in seine Betrachtung ein. Historisch war die ArbeiterInnenklasse kaum jemals

nur ‚national‘ zusammengesetzt, immer wurden auch migrantische Arbeitskräfte eingesetzt. Indem einem Teil der ‚eingeborenen‘ und städtischen ArbeiterInnen eine Aufsichtsfunktion, ein Kommando über die Arbeit der anderen, bessere Bezahlung, bessere Wohnungen und Aufstiegsmöglichkeiten für die Kinder gewährt wird, wird die ArbeiterInnenklasse hierarchisiert und gespalten. Doch die Erfahrungen der vielen Formen von Andersheit, der vielen Identitäten und Lebensformen können auch eine bereichernde Erweiterung des Blicks darstellen - eine Erweiterung, die auf eine neue Form von Klassenpolitik zielen kann. Solch einer neuen Klassenpolitik ginge es nicht um eine Reduktion auf nur eine Gruppe von Lohnabhängigen – die Industriearbeiter, die Prekären - oder um die Festlegung auf eine gemeinsame Identität der Klasse, sondern vielmehr um die Perspektive einer neuen Produktions- und Lebensweise, um die komplexe Verknüpfung der verschiedenen Formen der Beteiligung an der gesellschaftlichen Arbeit. Dabei sind drei weitere Aspekte wichtig:

a) In der Geschichte der Linken wurde häufig der Fehler begangen, nach einem gemeinsamen Nenner zu suchen, der es erlaubt, verschiedene Interessen zusammenzubringen: die sogenannten „objektiven Interessen“. Doch diese Interessen können eben sehr unterschiedlich sein: sichere Arbeitsplätze, die Höhe der Löhne und gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, die Pausen-, Überstunden- oder Urlaubsregelung, Qualifikation und Aufstiegsmöglichkeiten, Schutz vor Schikanen durch Vorgesetzte, einen geregelten Normalarbeitstag und Selbstbestimmung bei der Arbeit, die steuerlichen Belastungen, die beruflichen Perspektiven der Kinder, betreuungsbedürftige Angehörige, die privaten Beziehungen, die Entwicklung der Stadt oder der Region und viele andere. Nicht alle diese Ziele lassen sich in jeder Phase des Klassenkampfes zusammenbringen. Die Linke kann sich nicht von vornherein auf einen oder wenige Gesichtspunkte festlegen, von denen sie unter-



stellt, dass sie im gemeinsamen Interesse der Lohnabhängigen sind. Ein solcher Nenner existiert nicht als solcher, er kann nicht objektiv festgelegt werden, da im Kreislauf aller Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse ständige Verschiebungen der dominanten Widersprüche und Kämpfe stattfinden. Das heißt nicht, an der Objektivität von Klassen und ihren Interessen zu zweifeln, sondern ein anderes Verständnis von materieller Objektivität zu entwickeln. Die Objektivität besteht nicht allein aus der Stellung in den Produktionsverhältnissen und der Verfügung über die Produktionsmittel; die Objektivität kann nicht auf ökonomische Interessen und Marktpositionen reduziert werden. Klassen werden durch die Gesamtheit der ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnisse und in ihrem Verhältnis zueinander bestimmt. Dieses Verhältnis ist in seiner Gesamtheit eines des Klassenkampfes. Klassen verkörpern demnach immer ein ganzes Bündel von Klassenpraktiken, die das Ergebnis vorangegangener Kämpfe und Kompromisse zwischen den Klassen sind. In diese gehen von vornherein staatliche Herrschaftspraktiken (von der gesetzlichen Gestaltung des Streikrechts, der Sozialpolitik bis

zur Verfolgung linker Organisationen) und die Diskussion in Parteien oder Medien ebenso ein wie die Auseinandersetzungen um die Vergeschlechtlichung der Individuen, ihre Wohnformen oder ihre Essgewohnheiten.

Da die Lebensformen und Interessenlagen der Klasse sehr unterschiedlich sind und sich mit der kapitalistischen Dynamik ständig ändern, steht „Klassenpolitik“ vor der Herausforderung, nicht nur die Arbeit, sondern alle Aspekte der Lebensweise, der klassenspezifischen Praktiken der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen in den Blick zu nehmen. Andernfalls setzt sich nur die Erfahrung einer ihrer besonderen Gruppen durch und verallgemeinert sich. Die Gefahr, dass dies zu Ausschließungen und Starrheit führt, liegt auf der Hand.

Entscheidend ist, welcher Aspekt des Lebens der ArbeiterInnen ihre Probleme zusammenfasst und repräsentiert, in welchem Symbol, welcher Frage, welchem Thema sie sich, ihre Probleme und Handlungsperspektiven wiedererkennen. Es geht also nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern darum, welche Themen, Konflikte, Entwicklungen zu einem

Symbol für die vielen Probleme einer krisenhaften, verfehlten gesellschaftlichen Entwicklung und für die eigene ausgebeutete und beherrschte Lebenssituation werden. Solche Symbole können die Steuern, die Unfähigkeit der Politiker, die Ökologie, die Bildung, die Familie und das Geschlechterverhältnis – aber auch die Nation oder „die Ausländer“ sein.

b) Die Linke muss alle diese Aspekte im Blick haben und kritisch als Folgen der kapitalistischen Produktionsweise ansprechen. Sie muss deutlich machen, dass sie ohne Abstriche immer für gute Einzellösungen eintritt, es ihr aber auch um die Gesamttendenz der gesellschaftlichen Entwicklung und die Lösung einiger großer Probleme geht: In den letzten vierhundert Jahren wurden die Probleme der Naturzerstörung, des Rassismus, des Sexismus und der Reichtumsakkumulation bei Wenigen, die Belastung der Vielen durch körperliche Arbeit trotz zivilisatorischer Fortschritte immer wieder auf erweiterter Stufenleiter hervorgebracht. Dagegen hilft allein eine Änderung der Organisation des gesellschaftlichen Ganzen derart, dass alle gemeinsam an den wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben können. Klassenpolitik darf nicht dem Miss-

verständnis aufsitzen, sich auf die Probleme einer besonderen sozialen Gruppe oder Klasse zu reduzieren, sondern im Gegenteil: sie muss sich anreichern mit all dem Wissen um die Herrschaft, Entwürdigung, Zerstörung in allen Lebensbereichen.

Der italienische Marxist Antonio Gramsci bezeichnet diesen gesellschaftlichen Zusammenhang als historischen Block. Dieser Block ist mehr als ein auf Formeln gegründetes Bündnis der verschiedenen subalternen Gruppen mit ihren spezifischen Lebensformen. Es geht dabei auch nicht um eine Radikalisierung und Ausdehnung spontaner betrieblicher Kämpfe, das Warten auf immer neue Demonstrationen oder größere Wählergruppen und Parteikoalitionen. Ein solcher Block kommt zustande, indem sich eine geteilte Sicht der Dinge, ein gemeinsamer Wille formiert, um die Gesamtheit der sozialen Beziehungen zu ändern. Aus der Perspektive der Linken bedeutet dies, für die Einsicht zu werben, dass die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen blockiert sind, solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Solange die gesellschaftliche Arbeit durch anarchische Prozesse des Angebots und der Nachfrage am Markt gelenkt wird, sind die Möglichkeiten, die großen gesellschaftlichen Probleme zu lösen, eingeschränkt. Zu viele mächtige Interessen sind daran gebunden, eine solche Lösung zu verhindern.

c) Viele Menschen wollen nicht einer sozialen Klasse zugerechnet werden oder sich ihr zurechnen. Anders als im Fall der Zurechnung zu Geschlecht oder Nation, die den Menschen durch jahrhundertlange überlieferte und täglich erneuerte Herrschaftspraxis nahegelegt und von den Herrschenden selbst positiv besetzt werden, empfinden sie eine solche Zugehörigkeit offensichtlich als Zumutung. Sie nehmen für sich vorweg, was sich allein kollektiv und als gesellschaftliches Verhältnis erreichen lässt, nämlich die Überwindung von Klassen. Das ist das historische Ziel der sozialistischen Bewe-

gung: „die Abschaffung der Klassen“ (Marx). Das Unangenehme der Klassenzugehörigkeit ist, dass es auf ein zwingendes Verhältnis verweist, die materielle Abhängigkeit von anderen und vor Augen führt, dass die Individuen trotz aller intellektuellen Kompetenzen, trotz der Freiheit und Gleichheit, trotz Demokratie einem übermächtigen Ganzen unterworfen sind, dem sie blind ausgeliefert sind, das sie nicht kontrollieren, das sie den anderen gegenüber entsolidarisiert. Es ist also eine Paradoxie: Die Linke steht vor der Aufgabe, für die Einsicht zu argumentieren, dass die Menschen einer Klasse zugehören, während sie doch gleichzeitig für die Abschaffung aller Klassen als ein maßgebendes Verhältnis zwischen Menschen eintritt – so wie es auch um die Abschaffung solcher die Individuen beherrschenden Identitätsformen wie ‚Rasse‘, ‚Nation‘ oder ‚Geschlecht‘ geht. Aber genau das ist die Herausforderung: ein um die verschiedenen Herrschaftsformen angereichertes, kritisches – nicht heroisches – Verständnis von ‚Klasse‘, um in der Verknüpfung mit anderen emanzipatorischen Tendenzen jenen Moment zu schaffen, von dem aus die Möglichkeit besteht, die Verhält-

nisse in Freiheit zu gestalten. Eine solche Hegemonieorientierung verpflichtet die Linke, sich nachdrücklich und langanhaltend, nicht instrumentalistisch und taktierisch auf die verschiedenen Emanzipationsperspektiven einzulassen und an einem umfassenden Emanzipationsprojekt zu arbeiten. Die Linke sollte daran arbeiten, dass ein so erweiterter Begriff der ‚Klasse‘ und die freie, selbstbestimmte und kooperative Gestaltung und Lenkung der gesellschaftlichen Arbeit zum politisch-kulturellen Symbol werden, in dem die Menschen die Möglichkeit wiedererkennen, einmal zur Lösung der genannten Probleme zu gelangen.

Alex Demirović ist Professor für Politikwissenschaft und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung mit Schwerpunkt marxistische Gesellschafts- und Staatstheorie.



Katja Kipping



Foto: Anke Illing, www.photoculture.de

Versteck dich nicht hinter DER Arbeiterklasse

In der deutschen Linken wird, spätestens seit der Entdeckung von Didier Eribons Buch „Rückkehr nach Reims“, wieder über eine Orientierung auf DIE Arbeiterklasse diskutiert. Wenn diese Rückbesinnung nun münden würde in einer stärkeren Konfliktbereitschaft gegenüber den Herrschenden, zu mehr Leidenschaft beim Eintreten für grundlegende Alternativen, zu mehr Engagement bei Gesprächsoffensiven in Betrieben oder Haustürbesuchen in ärmeren Stadtteilen, würde ich mich darüber sehr freuen. Doch wundersamer Weise nimmt auch in der gesellschaftlichen Linken so mancher die Besinnung auf „DIE Arbeiter“ nur zum Anlass, um so ziemlich alles in Frage zu stellen, was von der Linken spätestens mit 1968 erkämpft wurde. Wenn es nicht so tragisch wäre, könnten wir uns herzlich darüber amüsieren, wie einige ihre eigenen soziokulturellen Antipathien ausleben und sich dabei hinter „DEN Arbeitern“ argumentativ verstecken. Dass die Arbeiterschaft nicht so homogen ist, wie sie sie imaginieren, ficht sie dabei nicht an.

Ich meine, zur Arbeiterklasse gehören all jene, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen, um leben zu können. Das heißt Kernbelegschaft ebenso wie Menschen mit unsicherer, prekärer Arbeit, also z.B. Befristete, Leiharbeitende, Minijobbende. Aber auch Soloselbstständige und Erwerbslose haben

nur ihre Arbeitskraft als Ware. Das Band der Klassensolidarität sollte sich also von den Beschäftigten, über Prekäre und Erwerbslose bis zu den Soloselbstständigen ziehen. Tätigkeiten im Pflegebereich, in der Care-Arbeit, sprich Arbeit am und mit Menschen bzw. immaterielle Arbeit, Arbeit am Laptop, kurzum Wissensproduktion und Kommunikationsarbeit, machen einen wachsenden Teil der Arbeiterschaft aus. Wer es ernst meint mit der Klassenorientierung und der Arbeiter*innenschaft, der muss sich mit ihrer tatsächlichen, vielschichtigen Zusammensetzung und deren Wandlungen ernsthaft auseinandersetzen.

Am Ende stärkt es nur die Rechten, wenn die Linke ethnische bzw. nationale Anrufungen übernimmt. Wir sollten also niemals in den Kategorien „Wir Deutsche“ gegen „Die Ausländer/Flüchtlinge“ denken und argumentieren. Aufgabe der gesellschaftlichen und parteipolitischen Linken ist es vielmehr, immer wieder die sozialen bzw. ökonomischen Konfliktlinien zu betonen und dabei klar Partei zu beziehen auf Seiten derjenigen, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen, um leben zu können. Als Linke müssen wir das Verbindende – ihre gemeinsamen sozialen Interessen – in den Vordergrund stellen.

Katja Kipping ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Klassenkampf und Rassismus

Ceren Türkmen erklärt, warum Antirassismus und Klassenkampf durch den Linkspopulismus nicht zusammen gebracht werden.

Der Zulauf rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen wie auch das Buch „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon haben eine kontroverse Diskussion über eine „fehlende Klassenanalyse“ der Linken entfacht. Dabei kursiert eine spezifische Interpretation Eribons in Gestalt eines „linkspopulistischen Echos“. Eribons Frage, wie das Übergehen von ehemaligen KP- und PS-Wähler*innen aus dem Arbeitermilieu zum Front National zu erklären ist, wird verkürzt realpolitisch angewandt. Fatal ist, dass in Zeiten der Suche nach einem erneuerten linken globalen Gesellschaftsprojekt gerade die (Selbst-)Kritik an Parteien und Gewerkschaften der Linken unverzichtbar wäre.

Verkürzt formuliert heißt es in vielen dieser Positionen erstens, dass das Vergessen der einfachen Arbeiter*innen dazu beigetragen hat, dass die „sozial Ausgeschlossenen“, Prekarisierten, Armen und einfachen Arbeiter*innen sich an den parteipolitischen Repräsentanten – Gewerkschaften inklusive – der „Linken“ für das Vergessen an ihnen rächen. Zweitens führt die Schlussfolgerung zu einer symptomatischen Schuldübertragung, weil argumentiert wird, dass das Vergessen der Klassenfrage erst durch die Integration der feministischen, antirassistischen als auch außerparlamentarischen sozialen Kämpfe seit 1968 in die neoliberale Globalisierungsphase, in Worten Nancy Frasers im sogenannten „progressiven Neoliberalismus“, gelingen konnte (vgl. Fraser, Nancy 2017, Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.2). Globalisierung und Neoliberalismus hätten kosmopolitisch-transnationale und feministisch-queere Kulturpolitiken, Diskurse und migrantischen

Multikulturalismus als neoliberale Teilhabepolitiken hervorgebracht und diese „Umverteilung“ hätte mit dazu geführt, dass die „Globalisierungsverlierer“ nun rechts wählen. Vor dem Hintergrund dieses zwischen Feuilleton, Wissenschaft und Realpolitik kursierenden Narrativs reagieren Politiker*innen mit Diskursen, die sich an „den Interessen“ „der Bevölkerung“ nach „Schutz“ vor „unkontrollierter Migration“ ausrichten. Darunter auch in sozialdemokratischer Version Sahra Wagenknecht, und zuvor Oskar Lafontaine, mit ihrem rhetorischen Zugeständnis an die rechtspopulistische Diskurspolitik. Die Aufnahme von Geflüchteten wird zwar geduldet, allerdings mit dem Primat der staatlichen Kontrolle der Migration, um das Interesse der nationalen Arbeiter*innen zu schützen.

Die Kritik an der Ausblendung des Rassismus aus den Analysen zum Klassenkampf als auch eine kritische Analysetradition des Rassismus im Kapitalismus haben eine lange Geschichte. W.E.B. du Bois, Soziologe, Sozialist und antikolonialer Aktivist (1868–1963),

als revolutionäre Subjekte denken. Aus dieser Kritik entwickelte sich Anfang des 20. Jahrhunderts eine globale, zwischen den USA, der Sowjetunion, Afrika und China geführte anti-koloniale Auseinandersetzung in der III. Internationale, die du Bois selber intensiv vorantrieb. Das tat er gemeinsam mit antirassistischen und feministischen Sozialist*innen, wie Claudia Jones oder C.L.R. James, die in ihren Biografien und Analysen eine permanente Übersetzungsarbeit zwischen antirassistischen und sozialen Politiken vorangetrieben haben. Etwa 70 Jahre später setzt Stuart Hall diese Debatte in Großbritannien in einer veränderten Situation nach dem Kolonialismus und der „Großen Migration“ der 1970er Jahre nach Europa fort. Hall hält angesichts der neuen Realität der Migration und dem Aufkommen des autoritären Thatcherismus in Großbritannien in den 1980er Jahren fest, dass Rassismus die gesamte Gesellschaft betrifft. Zudem ist Rassismus eines der Medien, „durch das die weißen Fraktionen der Klasse ihre Beziehungen zu anderen Fraktionen und damit zum Kapital selbst ‚leben‘. (...) Der

Der linkspopulistische Diskurs kann die Verschränkung von Migration, Rassismus und Klassenkampf nicht verstehen.

hat sich Anfang des 20. Jahrhunderts schon differenziert mit der unzureichenden Analysefähigkeit der II. Internationale und innerhalb sozialistischer Politiken auseinandergesetzt. Die Fixierung auf den bezahlten Lohnarbeiter im europäischen Marxismus und Sozialismus blendete die Rolle der transatlantischen Sklaverei und Kolonialisierung in der Entstehung des Kapitalismus aus und konnte nicht-bezahlte Sklav*innen nicht

ideologische Klassenkampf ist gerade dort am wirkungsvollsten, wo er die internen Widersprüche der Klassenerfahrung mit dem Rassismus artikuliert und so die beherrschten Klassen für das Kapital nutzbar macht.“ (Hall, Stuart 1994, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2., S. 133).

Der linkspopulistische Diskurs und die auf den Nationalstaat bezogene Rhetorik bleiben innerhalb

eines bürgerlich-liberal-konservativen Ordnungsrahmens und können die Verschränkung von Migration, Rassismus und Klassenkampf nicht verstehen. Um dies zu tun, ist der Begriff des „Klassenrassismus“ aus der antirassistisch-neomarxistischen Diskussion relevant, der darauf abzielt, Rassismus und Klassendynamik als zwei unterschiedliche, autonome Verhältnisse zu denken und auf einer weiteren Bedeutungsebene ihre gegenseitige ambivalente Durchdringung innerhalb von historisch spezifischen Kräfteverhältnissen. Himani Bannerji entwickelt zu dieser Problematik des Klassenrassismus aus feministischer Perspektive die Denkfigur des „thinking through“ (vgl. Bannerji, Himani 1995: *Essays on Marxism, Feminism and Anti-Racism*, Toronto). Rassismus ist demnach ein zentraler Bestandteil von Klassenbeziehungen als auch der Aushandlung und Verschiebung von Klassenkompromissen. Etwa strukturell in Bezug auf den Zugang zu Arbeit und auch räumlich in Bezug zum Zuzug in bestimmte Stadtteile. Das bedeutet umgekehrt, dass Rassismusanalyse über eine Analyse der Wohnungspolitik stattfinden kann. Dabei ist Rassismus nichts Abgeleitetes oder ein nachträglich die Klasse spaltendes Moment, sondern selber autonomes Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis, das Teil des Prozesses des Klassen-

kampfes ist. Klassenkonflikte werden durch ein „tendenziell rassistisches gesellschaftliches Verhältnis transformiert“ (Balibar, Etienne 1998, *Rasse, Klasse, Nation*, S. 247f.). Das ist eine der Besonderheiten rassistischer moderner Ideologie: Sie vereint scheinbar widersprüchliches und irrationales Wissen, Strukturen und Praktiken. Die Neuzusammensetzung der Klassen im Übergang zum Postfordismus in Deutschland erfolgte nicht nur durch die technische Innovation des Produktionsprozesses oder die räumliche Wanderung von Kapital, sondern auch durch die Migration unter den Bedingungen der ethnisierten Arbeitsteilung. Im Zuge der Arbeitsmigration ins Nachkriegseuropa haben sich in Deutschland wie auch in weiteren Teilen Europas Rassismen durchgesetzt, die nach wie vor zu einer Konfliktverschiebung führen. Anders als im linkspopulistischen Diskurs ist für eine transformativ-gesellschaftliche Linke die Analyse des Rassismus und der (Anti-)Migrationspolitik als Teil von Auseinandersetzungen über die Durchsetzungsbedingungen wettbewerbsstaatlicher, neoliberaler Politik bedeutsam.

Seit der jüngsten Krise des Finanzkapitalismus zeigt sich diese Problematik im Spannungsverhältnis in einer weiteren Phase neoliberaler Regulierung von Zuwanderung entlang von Nützlichkeitskriterien und

einer völkisch argumentierenden Ablehnung von Zuwanderung. Im Zentrum von Klassenpolitiken und Wissensproduktionen der Neuen Rechten steht die Verteidigung der Nation gegen die Immigration. In Deutschland wurde zwischen 2010 und 2011 nach der rassistischen Kampagne von Thilo Sarrazin in der FAZ kontrovers darüber diskutiert, wie das rechtspopulistische Lager aufgebaut werden kann, welchen Stellenwert der Neorassismus hierin – und welchen Stellenwert wiederum seine völkische Dimension – hat. Man beglückwünschte zwar den Tabubruch Sarrazins, aber Lorenz Jäger etwa ging die rechtspopulistische und sozialeugenische Richtung zu weit weg vom traditionellen Konservatismus. Deshalb verabschiedete er sich 2011 von dem Vorschlag, mit Friedrich Merz, Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk und Hans-Olaf Henkel, der 2013 die AfD mitgründete, eine neue Partei zu gründen. Erich Weede hingegen – er hat 2012 die Hayek-Medaille erhalten – rief Vertreter*innen des rechtskonservativen bürgerlichen Emanzipationskampfes dazu auf, die „Frage der Selbstachtung“ zu stellen, denn „schon aus Gründen der Selbstachtung, aber auch zum Schutze der Sozialsysteme ist es nötig, den Wettbewerb um die besten Köpfe nicht nur zu postulieren, sondern ihn auch anzutreten“.



An anderer Stelle malte Weede in der FAZ das folgende, wiederkehrende Schreckensszenario weiter aus: „Es könnte bald ein Deutschland mit einer autochthonen Mittel- und Oberschicht und einer von Zuwanderern abstammenden Unterschicht geben.“

Sarrazin geht es um Sozialeugenik – die Auslese „der Bevölkerung“ nach Nützlichkeitskriterien – und um Disziplinierung gegen jene Teile der Arbeiter*innen, die „nicht in den Arbeitsprozess integriert sind“ und nicht wirklich „produktiv“ sind (Sarrazin, Thilo 2009, in: Lettre Internationale, Nr. 86, S. 199f.). Die Debatte setzte sich innerhalb der AfD und im autoritär-rechtspopulistischen Spektrum auf europäischer Ebene fort und changierte zwischen der Ebene neoliberaler Wettbewerbsrationalität und Neorassismus, insbesondere gegen Muslime. Die gegenwärtige Gemengelage umfasst mit Blick auf Höcke und Gauland bevölkerungspolitische Diskurse (gegen einen vermeintlichen „Bevölkerungsaustausch“) und kultur-rassistische Argumentationen in der „Sicherheitspolitik“ nach den sexistischen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln 2016. Mit der weiteren Verschärfung von Sicherheits- und Asylgesetzgebung setzte sich eine de facto undemokratische Entwicklung auf formal-demokratischer Rechtsbasis durch. Und das trotz und parallel zu den selbstorganisierten, kreativen und auch gesellschaftlich breiten Willkommensinitiativen. Deren soziale und politische Dynamik lässt sich nicht auf die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel zurückführen. Vielmehr reagierte Merkel auf die breiten antirassistischen und sozialen Initiativen und den politischen Selbstermächtigungsprozess von geflüchteten Menschen. Das Spannungsverhältnis der herrschenden Politik bewegte sich zwischen der Aufnahme von Geflüchteten im Sommer 2015 in einer Kombination von europäischem „Kosmopolitismus“, neoliberaler Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik und einer parallel dazu stattfindenden Militarisierung der EU-Außengrenzen gegen Geflüchtete. Es folgte die systematische Einschränkung der Bleiberechts-

*Do I really want to be integrated into that **burning house**?*

regelungen durch die Deklaration von weiteren „sicheren Herkunftsstaaten“, in denen Krieg herrscht.

Der Rassismus im Neoliberalismus, dessen Spuren noch sichtbar gemacht werden müssen und der kein Randgruppenphänomen bildet, funktioniert seit den 1990er Jahren in Deutschland entlang der neoliberal-modernen Logik „gleicher und ungleicher zugleich“. Dem Rechtspopulismus geht es ebenso um die autoritäre Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit, er versucht jedoch Teile der deutschen Lohnabhängigen durch den Diskurs ihres Schutzes vor Arbeitsmarktkonkurrenz einzubinden. Die CDU geht im Versuch, Fraktionen der AfD für sich zu gewinnen, wieder weiter nach rechts, indem das Spannungsverhältnis zwischen der arbeitsmarktorientierten Migrationsregulierung und Abschottungspolitik auf der einen und rassistischem Sicherheitsdiskurs gegen Muslime und „kriminelle Migrant*innen“ auf der anderen Seite neu verhandelt wird.

Was bedeutet das mit Blick auf Frasers Analyse des „progressiven Neoliberalismus“? In Bezug auf die Wirkungen des neoliberalen Rassismus ist von progressiven Errungenschaften wenig zu sehen. Das Asylrecht wurde ausgehöhlt, Migrant*innen sind auf der Ebene des Arbeits- und Wohnungsmarktes, der Kinderarmut, des Bildungszugangs weiter strukturell diskriminiert. Aber es hat parallel hierzu im Feld von Diversitätspolitiken und Antirassismus eine liberale Differenzierung stattgefunden. Während die identitätspolitischen Diskussionen und Kämpfe, die schwarze Frauen und antirassistische breite Bündnisse in den 1970er Jahren aufgebaut hatten, immer auch den Blick auf eine Kritik kapitalistischer Ausbeutung richteten und ihre Praxis auf eine gesamtgesellschaftliche Transformation zielte, findet man heutzutage vorwiegend eine auf „kulturelle Identität“ hin bezogene antirassistische Praxis.

Aus linker Klassenperspektive geht es darum, die dringliche Frage nach dem Kampf gegen strukturellen Rassismus und Perspektiven für die Überwindung der ethnisierten Arbeitsteilung zu entwickeln. Das hat allerdings in sozialistischer Politik nicht stattgefunden. Beliebte sind stattdessen auch bei Linken moralische und fürsorgliche Bekenntnisse zum „Migranten in Neukölln oder Duisburg“. Gleichstellungs- und Anerkennungsdiskussionen, begleitet von einem Bekenntnis zu Vielfalt und Kosmopolitismus, das gerade die realen Erfahrungen der unteren Klassenfraktionen außen vor lässt, setzen sich symbolisch immer mehr durch. Der strukturelle Rassismus auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in den institutionellen Staatsapparaten, etwa die soziale Bildungsbenachteiligung, wird so ausgeklammert.

Heute blicken wir aber auch auf neue Kämpfe, Sprachen und Subjekte, die sich wiederfinden in Sanctuary Cities (rebellische Städte wie Barcelona, die Geflüchtete und politische Verfolgte aufnehmen und ihre Rechte garantieren), in radikalen antirassistischen Initiativen, wie Black Lives Matters, die nach Verbindungen zu Streiks und dem Kampf für 15\$ Mindestlohn suchen, in Mieter*innengemeinschaften gegen Gentrifizierung, in indigenen Kämpfen gegen Landraub, in europäischen Geflüchtetenstreiks und Willkommensinitiativen und in militanten Streiks gegen Arbeitsreformen wie in Frankreich. Wir suchen nach einem linken Gesellschaftsprojekt und nach Konstitutionsprozessen von Solidarität jenseits von Rassismus und Integration. Denn um es in den Worten des Schriftstellers und Bürgerrechtlers James Baldwin zu sagen: „Do you really want to be integrated into that burning house?“

Ceren Türkmen arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Gießen und promoviert zum Verhältnis von Klasse, Rassismus und Migration in Deutschland.

Es ist nicht alles Klasse

Kübra Çiğ begibt sich auf die Suche nach dem Zusammenhang zwischen Rassismus, Klasse und Geschlecht.

Marx' Klassenbegriff hat ein Eigenleben entwickelt und wurde bis zu den 1960ern weitgehend mit dem männlichen weißen, europäischen Industriearbeiter assoziiert. Zu dieser Zeit begann eine Phase größerer sozialer Aufstände und Bewegungen und die Stimmen der zweiten Welle des Feminismus, der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA und der antikolonialen Befreiungsbewegungen wurden unüberhörbar laut. Diese Bewegungen setzten in den kommenden Jahrzehnten eine vielfältige Theorieproduktion in Gang. Ihre Kritik war, dass „der Arbeiter“ nicht einfach das revolutionäre Subjekt sein könne, da „der Arbeiter“ selbst von bestimmten, sozial konstruierten Herrschaftsverhältnissen profitierte und dadurch etwa gegenüber Frauen oder Schwarzen oft selbst die Rolle des Unterdrückers

eingenommen habe. Dadurch fand das Thema der Verschränkung unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse immer mehr seinen Weg auf die Tagesordnung eines Teils der Linken. Parallel dazu entwickelte sich aber auch eine enorme Ablehnung gegenüber dieser Kritik, meistens von Seiten weißer, lohnabhängiger Männer. Dass die Unterdrückung von Frauen und Nicht-Weißen immer mit materieller Benachteiligung einhergeht, wird aber bis heute in Diskussionen über „Identitätspolitik“ gerne von den traditionellen Marxisten ausgeblendet.

Doch Feministinnen erklären seit mehreren Jahrzehnten geduldig die materielle Basis und die alltäglichen Auswirkungen dieses Unterdrückungsverhältnisses.

Insbesondere marxistische und sozialistische Feministinnen haben zutreffend herausgearbeitet, dass Kapitalismus auf unentlohnter weiblicher Arbeit basiert und ohne diese gar nicht möglich wäre. Die sogenannten „Hausfrauen“-Tätigkeiten wie kochen, putzen, einkaufen, emotionale und sexuelle Zuwendung an den Arbeiter – also die Reproduktion der Arbeitskraft des Arbeiters, aber auch die Reproduktion des Lebens – wurden systematisch abgewertet, biologisch begründet und in die Sphäre des Privaten gedrängt. Frauen, die in den Anfängen des Industriekapitalismus stark in der Produktionssphäre aktiv waren, wurden mit großem Tamtam über die Etablierung der Kleinfamilie wieder nach Hause geschickt. In der Zeit davor



sank die Lebenserwartung des Proletariats auf durchschnittlich 20 Jahre, weil niemand sich um die Reproduktion der Arbeitskraft kümmern konnte. Schließlich setzte sich die Abwertung von Hausarbeit und der romantische Mythos, dass Frauen alles aus Liebe machen würden, durch. Die Wichtigkeit und der Stellenwert dieser Tätigkeiten wurden nicht anerkannt und nicht in die Arbeitskämpfe mit Forderungen nach angemessener Entlohnung einbezogen. Dies führte zu der finanziellen Abhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern, und der „Heiratsmarkt“ wurde für Frauen gleichbedeutend mit dem „Arbeitsmarkt“ – egal ob sie auf Männer oder Frauen standen. Praktisch hieß das für viele Frauen, physischer, psychischer, emotionaler, sexueller und ökonomischer Gewalt von ihren Ehemännern ausgesetzt zu sein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Frauen im Westen zwangsläufig wieder in die Produktionssphäre eingeladen. Im Zuge dessen entwickelte sich eine neue Emanzipationswelle, die aber leider auf Kosten von Migrantinnen ausgetragen wurde. Die teils emanzipierte, lohnarbeitende Frau konnte sich mithilfe der Pille ihrer traditionellen Aufgabe des Kindergebärens und Erziehens teilweise entziehen, trotzdem gab es genug Kinder und genug Hausarbeit, um deren Erledigung sich Männer gar nicht kümmern. Folglich wurden die „emanzipierten“ Frauen vor die Wahl gestellt, entweder die Doppelbelastung in Produktions- wie Reproduktionssphäre in Kauf zu nehmen oder mit ihrem – im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen gemeinhin schlechteren – Lohn die Arbeitskraft von zumeist migrantischen Haushaltshelferinnen und Kindermädchen zu kaufen. Die Entscheidung hing und hängt immer noch davon ab, ob die lohnarbeitende Frau ein niedriges Einkommen hat oder zur Mittelschicht gehört. Aber auch darüber hinaus verhalten Arbeitsmigrantinnen in Westdeutschland den schon erwerbstätigen herkunftsdeutschen Frauen zu einem Mobilitätssprung und besseren Jobs, indem sie sie von den schlechtesten und untersten Arbeitsplätzen ablösen.

Bis heute lässt sich der Trend beobachten, dass die härtesten, dreckigsten, eintönigsten und am schlechtesten bezahlten Jobs an Nicht-Weiße abgewälzt werden – in Deutschland wie auf globaler Ebene. Selbst in der zweiten oder dritten Generation werden Menschen mit Migrationsgeschichte durch das entlang von Rassismus und Klasse diskriminierende Bildungssystem ausgesiebt, die Wege der sozialen Mobilität sind versperrt. Das europäische Grenzregime und die Migrationspolitik machen Menschen sowohl horizontale als auch vertikale Mobilität unglaublich schwer.

Fürs Kapital jedoch gelten andere Spielregeln. Sei es der internationale Zugriff auf auszubeutende Naturressourcen oder die Verlagerung der Produktion in den globalen Süden um den humaner geregelten Arbeitsbedingungen in westlichen Ländern zu entkommen. Im globalen Süden wird die Arbeitskraft durch neokoloniale Politik auf ein viel niedrigeres Lohnniveau festgenagelt als in den imperialistischen Zentren. Das Kapital entzieht sich währenddessen immer mehr der Kontrolle demokratisch legitimierter Institutionen und höhlt die organisierte Macht der Lohnabhängigen in Ländern des globalen Nordens aus. Dabei profitieren die Unternehmen am meisten, jedoch auch die Arbeiter*innen haben Zugang zu billigeren Waren wie neuen Lebensmitteln und Elektronikgeräten. Dieses Machtgefälle bildet die Grundlage für Rassismus im globalen Norden und vermehrte Verelendung, Despotie und zügellose Naturzerstörung und weitere Fluchtursachen, aber auch für Widerstand und Arbeitskämpfe dagegen im globalen Süden.

Daher ist für die Linke eine transnationale Perspektive auf Klassenkämpfe notwendiger denn je.



Ein gutes Beispiel internationaler Solidarität zeigten schwedische Gewerkschaften bei Volvo, indem sie in Europa Druck ausübten, damit die lange ignorierten Streiks in Indien Erfolg hatten. Die Kritik an Rüstungspolitik, Welthandelspolitik und Kriegseinsätzen unter dem Vorwand von Menschenrechten muss lauter werden. Es müssen auch Teilhabemöglichkeiten an sozialem und wirtschaftlichem Reichtum für Menschen geschaffen werden, die geografisch und politisch bisher davon abgeschnitten sind. Dies bedeutet auch, die schon längst stattfindenden Kämpfe endlich wahr- und ernstzunehmen: die Kämpfe von Geflüchteten, in denen sich die Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus bündeln, die Organisierung von Migrant*innen und People of Color, queere Kämpfe um geschlechtliche Selbstbestimmung, Frauenkämpfe um sexuelle Selbstbestimmung und Abtreibungsrecht, die großen Frauen*kampftagsdemos und die Care-Revolution. Denn eine linke Theorie kann nicht in einem Vakuum entstehen und eine linke Praxis darf nicht die im Hier und Jetzt stattfindenden Kämpfe ignorieren oder marginalisieren.

Kübra Çig ist Übersetzerin, migrierte vor fünf Jahren nach Deutschland und ist Mitbegründerin des Frauen*kampftagsbündnis.

iKlassenkampf – Die Digitalisierung als Klassenfrage

Was die Debatte um Arbeit 4.0 mit Klassenkampf zu tun hat und warum LINKE und Gewerkschaften radikalere Forderungen aufstellen müssen, erklärt **Sophie Luise Dieckmann**.



Foto: Peter Menholz flickr CC BY-SA 2.0

Was ist eigentlich Industrie 4.0?

Die Zahl 4.0 verweist auf die sogenannte vierte industrielle Revolution. Sie folgt auf die Erfindung der Dampfmaschine und der damit verbundenen Mechanisierung der Produktion, auf die Elektrifizierung und auf die Automatisierung durch IT-Produkte. Im Wesentlichen bedeutet es, dass alle Komponenten der Produktion in ein digitales Netzwerk eingebettet sind. Nicht mehr ein zentraler Großrechner soll die Arbeitsabläufe steuern, sondern viele verknüpfte Einheiten, die miteinander kommunizieren. Das Ideal ist eine rundum vernetzte und vollautomatisierte Produktion, die sich selbst steuert, also z.B. Regale, die selbst Nachschub bestellen und Kontrollsysteme, die Teile auswechseln, bevor sie kaputt gehen. Zudem ist es zum ersten Mal möglich, individuell angefertigte, speziell auf Kundenwünsche zugeschnittene Produkte zum Preis von Massenprodukten herzustellen. Wer heute auf die Internetseite von Nike geht, kann sich dort seinen ganz persönlichen Schuh nach individuellen Vorlieben designen – zum Preis eines normalen Schuhs.

„Die Digitalisierung beflügelt Fantasien und Innovationen, sie überascht uns mit immer neuen Produkten und Geschäftsmodellen. Zugleich beginnen wir erst langsam zu verstehen, wie nachhaltig sie unsere Wirklichkeit bereits verändert hat, mit welcher Geschwindigkeit sie Medien, Wirtschaft und Alltagskultur durchdringt und völlig neu ordnet.“

So geheimnisvoll kommen die Veränderungen in der Produktionsweise daher, wenn man der Bundesregierung in ihrem Grünbuch Arbeit 4.0 Glauben schenkt. Eine rätselhafte Naturgewalt, die alles auf den Kopf stellt. Doch die Bundesregierung lässt uns auch an den Sorgen und Nöten hiesiger Unternehmen teilhaben:

„Auch die deutsche Wirtschaft debattiert dringliche Fragen: Kommt das Auto der Zukunft aus Stuttgart, Wolfsburg oder dem Silicon Valley? [...] Es geht um die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Europa, eine Neuverteilung der Märkte, um enorme Wachstumspotenziale und den Traum eines digitalen ‚Wirtschaftswunders‘.“

Für die deutsche Industrie geht damit ihre jahrelange professionelle Agenda-Setting-Strategie auf. Der Marketingbegriff Industrie 4.0 stammt direkt aus den Think Tanks an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik. Für das deutsche Kapital geht es vor allem um eines: konkurrenzfähig im internationalen Wettbewerb sein. Die Bundesregierung will Deutschlands

Position als Exportweltmeister von Industrieprodukten erhalten.

Soviel zu den ehrgeizigen Zielen des deutschen Kapitals. Doch wie sieht es mit den Interessen der Lohnabhängigen aus?

Spätestens seit Einführung der Agenda 2010 wird das alte fordistische Normalarbeitsverhältnis der 60er und 70er Jahre, mit unbefristeter Stelle und 40-Stunden-Woche, immer mehr zum Relikt aus einer alten Zeit. An dessen Stelle treten deregulierte Arbeitsverhältnisse wie Minijobs, Solo- und Scheinselbständigkeit, Werkverträge und Leiharbeit, die für die meisten Menschen bedeuten, dass sie trotz Arbeit arm sind. Die Digitalisierung hat daran keinen unbedeutenden Anteil. Denn durch sie steigt die Möglichkeit, Arbeitskräfte nur noch fallweise und zeitweilig zu kaufen und auf feste Beschäftigungsverhältnisse zu verzichten.

Ein Beispiel für dieses neue digitale Prekariat sind die sogenannten Crowdworker oder Clickworker, von denen es deutschlandweit eine Million, weltweit bis zu 112 Millionen gibt. Große Unternehmen vergeben über Online-Plattformen wie Clickwork oder Amazons Mechanical Turk digitale Mini-Aufträge an eine anonyme Masse. Das reicht vom Schreiben von Testberichten oder Produktbeschreibungen bis zum Löschen unerwünschter Kommentare und Verschlagworten von Bildern. Einen Auftrag zu erhalten ist einfach: Man registriert sich auf der Plattform, schon kann es losgehen. Das macht Crowdwork at-

traktiv für viele, die kein „normales“ Beschäftigungsverhältnis haben: Frauen, die Angehörige pflegen oder Kinder versorgen, Senioren, die sich etwas zu ihrer schmalen Rente hinzuverdienen müssen, Teilzeit-Arbeitskräfte, deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Das Problem dabei: Da die Arbeiten pauschal bezahlt werden, liegt der Stundenlohn meist deutlich unter dem Mindestlohn. Zudem haben die Crowdworker keinerlei arbeitsrechtliche Absicherung, sie zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge und erwerben keine Rentenansprüche. Und weil die meisten Aufträge von zu Hause erledigt werden, ist dieser Bereich gewerkschaftlich schwer zu organisieren.

Wenn von Digitalisierung die Rede ist, besteht die Gefahr, dass einige hochbezahlte IT-Fachkräfte, die zweifelsohne von der Digitalisierung profitieren, die vielen Menschen unsichtbar machen, für die die Digitalisierung weniger Chancen als Probleme bedeuten.

In einer DGB-Befragung gaben 91% an, dass durch die Digitalisierung ihre Arbeitsbelastung größer geworden oder gleich geblieben sei, bei 46% ist sie gestiegen. Ein Grund für die steigende Belastung im Beruf ist die zunehmende Entgrenzung durch digitale Kommunikationsmittel. Zwar werben die Unternehmen mit mehr Flexibilität durch Home-Office und unterwegs arbeiten, doch für viele heißt das vor allem, dass sie nun auch nach Feierabend WhatsApp-Nachrichten vom Chef beantworten müssen. Eine Ausweitung der

Arbeitszeit ohne entsprechende Lohnzuschläge bedeutet aber real nichts anderes als Lohnkürzungen.

Neben der Ausweitung ist auch die Verdichtung der Arbeitszeit im Interesse des Kapitals: Freie Minuten auf dem Weg zu einem Meeting oder Leerlauf zwischen zwei Arbeitsabläufen soll es möglichst nicht mehr geben. Die Arbeitsabläufe sollen so getaktet sein, dass jede Sekunde bezahlter Arbeitskraft effektiv genutzt wird und immer und an jedem Ort geeignete Arbeitskräfte verfügbar sind. Die

Die enormen Produktivitätszuwächse machen die alte Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung aktueller denn je. Ein weiteres Kampffeld ist die Zurückdrängung prekärer Ausbeutungsformen, wie Leiharbeit und Werkverträge, sowie die Einbeziehung der Solo-Selbständigen und Crowdworker in die sozialen Sicherungssysteme. Die Frage ist auch, wo die ungeheuren Gewinne der gestiegenen Produktivität hinfließen. Fließen sie an die vermögenden UnternehmerInnen, die sie an den Kapitalmärkten anlegen?

herkömmlichen Verteilungs- und Wohlfahrtssystemen nicht mehr gelöst werden. DIE LINKE muss – neben der Forderung nach massiver Umverteilung – die Frage demokratischer Wirtschaftssteuerung und Planung von Schlüssel-sektoren weit oben auf die Agenda setzen.

Wenn durch die Digitalisierung die Qualifikationsanforderungen der Beschäftigten immer weiter steigen, erzeugt das bei bisher als qualifiziert geltendem Fachpersonal Qualifikationslücken, die betriebliche Weiterbildungen nicht ohne Weiteres schließen können. Kämpfe um Bildung und Weiterbildung erhalten damit eine erhebliche Bedeutung. Daran schließen sich weitere Fragen an: Wie wird der Ausbau des Bildungssektors gestaltet? Wer bezahlt die Qualifikationsanforderungen der Beschäftigten? Wird die Qualifizierung an Arbeitszeitverkürzung gekoppelt?

Die Gefahr einer digitalen Spaltung besteht. Hier die gut bezahlten, hochqualifizierten IT-Fachkräfte, da die immer zahlreicher werdenden Verlierer der Digitalisierung, die sich nicht weiter qualifizieren können, aber ein sehr gut ausgebildetes und mit Fähigkeiten der kooperativen Organisation vertrautes Prekariat bilden. Gleichzeitig nehmen Konkurrenz und Renditedruck zu. Die Herausforderung wird sein, dort gemeinsame Interessen herauszustellen und Solidarität zu schaffen.

Eine andere Frage ist die der Streikmacht. Wenn bereits jetzt die Anbindung an einen festen Arbeitsplatz im digitalen Bereich immer seltener wird und die Beschäftigten oft über den ganzen Globus verteilt sind, ist es schwer, gemeinsam handlungsfähig zu werden. Auf der anderen Seite nehmen auch die Möglichkeiten der Vernetzung und Internationalisierung von Streiks enorm zu.

Auf gesellschaftlicher Ebene wird das Verhältnis zwischen industriellen Kernsektoren und Sorgear-

Von sich aus wird die technologische Entwicklung nicht zur Emanzipation führen. (Bernd Riexinger)

Digitalisierung ermöglicht es, dass gleichzeitig ArbeiterInnen in Indien, Südkorea und Deutschland an einem Projekt arbeiten – und genauso schnell auch wieder austauschbar sind, wenn sie für das Kapital zu teuer werden. Die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen verstärkt sich dadurch enorm. Wo es noch Stammbeschaftungen gibt, sollen externe Selbstständige – für die Tarif- und Arbeitszeitregelungen nicht gelten – über das Internet kostengünstig in den Produktionsablauf integriert werden.

Sicher ist also: wenn sich die Wünsche der Unternehmerverbände durchsetzen, kommt von den Chancen der neuen technischen Möglichkeiten beim Großteil der Bevölkerung wenig an. Die paar technischen Verbesserungen, die den Alltag bequemer machen, werden wettgemacht durch prekäre Arbeit, Entgrenzung und Konkurrenzdruck.

Für alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, stellen sich also ganz neue Herausforderungen. „Von sich aus wird die technologische Entwicklung nicht zur Emanzipation führen“, wie es Bernd Riexinger einmal formuliert hat. Die Geschichte des Kapitalismus zeigt: Es braucht Klassenkämpfe, damit der Produktivitätsfortschritt allen zugute kommt und nicht nur einer Minderheit.

Oder kommen sie durch Umverteilung denjenigen zugute, die sie erarbeiten?

Die Zukunft der Arbeit spielt für die veränderten Bedingungen für Klassenformierung, für die Organisierung von Gegenmacht und für das Verhältnis von betrieblichen und gesellschaftlichen Kämpfen in längerfristiger Perspektive eine große Rolle. Zwar weiß heute niemand genau, wie schnell und wie weit die Rationalisierungen gehen werden. Doch zumindest denkbar ist ein deutlicher Anstieg der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit. Das wiederum würde die Klassenzusammensetzung und Bedingungen für Klassenkämpfe drastisch verändern. Beschäftigte mit niedriger und mittlerer Qualifikation würden die Leidtragenden der Rationalisierung sein. Auch der Dienstleistungssektor, der den Arbeitsplatzverlust vergangener Rationalisierungswellen im industriellen Sektor abgefangen hatte, würde diesmal keine Ausnahme bilden. Einige Branchen, wie der Banken- und Versicherungssektor, Berufe in der industriellen Montage, Verwaltungs- und Service-tätigkeiten sowie Medienberufe, sind bereits jetzt stark betroffen. Angesichts dieser weitreichenden Veränderungen in den Beschäftigungsstrukturen ist eine Zuspitzung der Verteilungsfrage wahrscheinlich und kann mit den

beit immer wichtiger. Care- oder Sorgearbeit bietet weit weniger Rationalisierungsmöglichkeiten als andere Bereiche, auch wenn einzelne Maßnahmen, wie Pflegeroboter, diskutiert werden. Daher wird die Schere zwischen den industriellen Kernsektoren mit hoher Wertschöpfung und den beschäftigungsintensiven Berufsfeldern der Sorgearbeit, in denen es wenig Profitmöglichkeiten gibt, weiter auseinander gehen, mit allen dazugehörigen Problemen. Die Kämpfe für bessere Betreuung in Pflege und Erziehung – immer noch klassische Frauenberufe – werden sich voraussichtlich zuspitzen und politisch an Bedeutung gewinnen.

DIE LINKE und Gewerkschaften sind auf diese neuen Herausforderungen noch viel zu wenig eingestellt. Ihre Antworten sind bisher weitgehend defensiv, geprägt von den zugegebenermaßen beängstigenden Prognosen für ArbeitnehmerInnen. Doch die Entwicklung bietet auch gewaltige Chancen, die in der linken Debatte weitgehend unterbelichtet sind. Heute könnte man mehr Reichtum als vor 20 Jahren in deutlich weniger Wochenstunden erarbeiten. Durch Smartphone und Laptop könnte die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf auf eine ganz neue Stufe gehoben werden. Computer und Internet haben völlig neue Vo-

oraussetzungen für demokratische Wirtschaftsplanung geschaffen. Diese neuen Möglichkeiten in den Bereich des real Vorstellbaren zu verschieben, ohne dabei die Probleme kleinzureden oder in einen naiven Technikglauben zu verfallen – das wäre die heute anstehende Aufgabe. Denn zwischen der technologischen Entwicklung und der damit verbundenen gesellschaftlichen Emanzipation steht noch immer die Eigentumsfrage. Man könnte sagen: Der iKlassenkampf hat gerade erst begonnen.

Sophie Luise Dieckmann arbeitet im Bereich Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.



Foto: Alexander Svensson flickr CC BY 2.0

Jan Korte



Foto: Rico Prauss

Den Mehrwert der LINKEN erhöhen

Weder ist der Neoliberalismus bislang an sein Ende gelangt, wie auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise 2011 ausgerufen, noch ist es der Linken gelungen, eine eigene Erzählung so populär zu machen, dass die neoliberale Hegemonie brechen kann. Und doch zweifeln immer mehr Menschen an den großen Versprechen des Kapitalismus. Es gilt daher, wieder mehr Klassenanalyse in die Strategie der Linken zu bringen, ohne dabei in eine dogmatische Sicht des Haupt- und Nebenwiderspruches zu verfallen oder eine antiintellektuelle Attitüde einzunehmen.

Was also wäre zu tun? Dazu folgende Thesen:

Erstens: In großen Teilen der Bevölkerung gibt es eine Repräsentationslücke. Die verbreitete Empfindung „Die da oben und wir hier unten“ hat Ursachen. DIE LINKE hatte diese Lücke bis 2010 teilweise gefüllt. Es war für große Teile der abhängig Beschäftigten und für Menschen, die auf ALG-II-Leistungen angewiesen sind, klar: „Ich wähle DIE LINKE.“ Es fußte auf ihrer konkreten Wahrnehmung, dass dort eine Partei ihre Interessen vertritt, die eine Ahnung davon hat, wie es ihnen geht. Wir müssen

die Rolle als Repräsentantin von Teilen der unteren Mittelschicht und der gesellschaftlich und sozial Abgehängten zurückgewinnen.

Zweitens: Ein zentraler Strang linker Politik kann mit dem Begriff der „Planbarkeit des Lebens“ umrissen werden. DIE LINKE ist die Partei, die weiß, welche Ängste und Sorgen es gibt: Bekomme ich einen Anschlussvertrag? Habe ich in drei Monaten noch wegen der Leiharbeit meinen Job? Wird es meinem Kind mal besser gehen? DIE LINKE muss den existenziellen Sorgen eine Plattform, eine Kultur geben und diejenige sein, die sich darum kümmert, dass die kleinen Träume der Menschen eine Chance auf Realisierung haben (Familie durchbringen, im Alter nicht arbeiten müssen, die Kinder unterstützen etc.).

Drittens: Die fehlende Sicherheit in der Lebensplanung führt in besonderer Weise zu Panik, Frustration und einem Gefühl der Hilflosigkeit. Die AfD nutzt diese Stimmung, indem sie diesen Frust auf Einwanderer und Muslime lenkt. DIE LINKE muss mit Bildern und konkretem Alltagserleben arbeiten, weniger abstrakt, sondern eine Stimme sein, die ein Gefühl und

ein Gespür von der Lebensrealität hat. Das bedeutet praktisch, für grundlegende Umverteilung zu kämpfen, soziale Innovationen, die über den Kapitalismus hinausweisen, zu fördern, aber auch und gerade Begriffe wie Würde und Gerechtigkeit in die Diskussion zu tragen.

Viertens: Für die vom Kapitalismus Desillusionierten muss mit der Wahl der LINKEN ein klarer Mehrwert verbunden sein: die Abwehr immer neuer Angriffe des Kapitals und eine konkrete Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Am Ende geht es schlicht um Verteilungsfragen, darum, ob man nach mehr als 40 Jahren Maloche genug für ein gutes Leben hat oder eben nicht.

Fünftens: Die Verbindung herzustellen zwischen denen, die für Minderheitenrechte wacker kämpfen, und denen, die versuchen, ökonomisch und würdevoll durch das Leben zu kommen, ist schwierig und langfristig. Aber eine Linke, die beides gleichzeitig und gleich vehement macht, ist auf dem richtigen Weg.

Jan Korte ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Bundestag.

Eine Partei als Volkstribun

Klassenpolitik ist in der Linken wieder in aller Munde. Doch was darunter verstanden wird, ist umstritten. Fünf Thesen von **Lisa Hofmann** und **Michael Ferschke**.

1. Die Linke muss ihre Analyse der Arbeiterklasse erneuern. Das Bild von weißen Männern im Blaumann war schon immer ein Klischee.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft hat dazu geführt, dass sich die Menschen zunehmend als vereinzelte Individuen wahrnehmen, die für ihr Schicksal selbst verantwortlich sind. Durch den Rückgang von Klassenkämpfen seit Mitte der 1970er Jahre wurde die Arbeiterklasse in vielen Teilen der entwickelten Industrienationen nicht mehr als Kollektiv erfahrbar und als politischer Akteur zunehmend unsichtbar. Das hat dazu geführt, dass Teile der Linken in den Abgesang auf die Arbeiterklasse eingestimmt haben und sie nicht mehr als zentralen Bezugspunkt für sozialistische Politik betrachten. Gleichzeitig sind heute in der Bundesrepublik so viele Menschen wie nie zuvor lohnabhängig beschäftigt.

Das Problem ist, dass häufig ein falsches Bild vorherrscht, wer die Arbeiterklasse überhaupt ist. Das Proletariat ist kein soziales Milieu, sondern besteht aus all den Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihr Überleben zu sichern. Das Bild einer Arbeiterklasse bestehend aus weißen Männern im Blaumann war schon immer ein Klischee. Schon

zu Marx' Zeiten war das Proletariat zu großen Teilen weiblich und migrantisch. Das gilt heute umso mehr. Hinzu kommt, dass im modernen Kapitalismus die Bedeutung der Reproduktionsarbeit und des Dienstleistungssektors zugenommen haben. In den sogenannten Care-Berufen arbeiten mittlerweile mehr Menschen als in der Automobilindustrie. Der Kapitalismus führt zum Aufstieg neuer Wirtschaftssektoren und zu einer ständigen Neuorganisation der Produktionsabläufe. Dadurch ist auch die Arbeiterklasse einem stetigen Wandel ausgesetzt. Wer beim Thema Klassenpolitik ein homogenes Industrieproletariat vor Augen hat, kommt daher zwangsläufig zu falschen Schlüssen.

2. Klassenpolitik bedeutet nicht, ökonomische Kämpfe vor Kämpfe gegen Unterdrückung zu stellen.

Didier Eribon wird oft fälschlicherweise unterstellt, er meine, die Linke habe über ihr vermeintliches Faible für Geschlechterfragen, Ökologie und Antirassismus die Arbeiterklasse aus den Augen verloren. Als Lehre daraus solle sich die Linke viel stärker auf soziale Fragen konzentrieren, um so die Arbeiterklasse zu gewinnen. In diesem Geiste machen die beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN Diether Dehm und

Wolfgang Gehrcke in ihrem Essay „Ohne Rot-Rot gelingt kein Rosa-Rot-Grün“ einen scharfen Widerspruch auf zwischen Brot- und Butter-Themen der Arbeiterklasse und Kämpfen gegen Unterdrückung.

Rassismus, Sexismus und andere Unterdrückungsformen sind jedoch eine direkte Folge der Klassengesellschaft, in der wir leben. Der Kampf dagegen ist genauso Teil des Klassenkampfes, wie der Kampf um höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen. Für Lenin bedeutete Klassenpolitik daher, soziale Fragen mit politischen zu verbinden. Er wandte sich gegen das Nur-Gewerkschaftertum und warb für eine Partei als Volkstribun der Unterdrückten: Sozialistisch sei das Bewusstsein der Arbeiter erst, wenn sie sich mit den unterdrückten jüdischen Studenten solidarisieren.

Wie Lenins Anspruch in der heutigen Situation umgesetzt werden kann, haben Kerstin Wolter und Alexandra Wischnewski in ihrem Debattenbeitrag „Vorwärts: Wir brauchen eine Politik für morgen“ treffend formuliert. Sie argumentieren, dass es darum gehen



muss die Arbeiterklasse zu vereinen, also Spaltungen entlang von Ethnie und Geschlecht zu bekämpfen. Da die moderne Arbeiterklasse, gerade in den prekären Bereichen, stark weiblich und migrantisch geprägt ist, sei der Kampf gegen Unterdrückung zentral, um die Arbeiterklasse zu erreichen – und Klassenpolitik nicht auf „weiße Männer“ zu beschränken.

Die Aufgabe einer sozialistischen Partei ist es, die Klasse zu einen und mit antikapitalistischer Zuspitzung und Zusammenführung von Kämpfen die vorwärtstreibende Kraft zu sein. Dafür gibt es zahlreiche konkrete Anknüpfungspunkte: So kämpfen die Beschäftigten im Krankenhaus oder in der Kita bei Streiks nicht nur um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch um eine Aufwertung weiblich geprägter Berufe und damit gegen Geschlechterungleichheit. Es muss der Linken darum gehen, solche Verbindungen zu ziehen, anstatt Kämpfe gegeneinander zu stellen.

3. Falsch verstandener Linkspopulismus birgt Gefahren und führt weg von emanzipatorischer Klassenpolitik.

Was wir brauchen ist eine positive Vision von links, welche der tief sitzenden Ablehnung neoliberaler Politik etwas entgegengesetzt und die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung gegenüber den herrschenden Eliten so artikuliert, dass sie die Menschen mitreißt und zum Widerstand ermutigt.

Das bedeutet jedoch nicht, die eigenen Inhalte zu relativieren. Dass die Gefahr eines solchen, falsch verstandenen Linkspopulismus real ist, zeigte nicht zuletzt das Agieren von Schara Wagen-

knecht in der Flüchtlingsfrage, beispielsweise mit der Aussage „Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht verwirkt“. Dabei wurde mit dem „Gastrecht“ unhinterfragt ein Kampfbegriff der Rechten übernommen, dessen implizierte Ungleichstellung vor dem Gesetz weder das BGB noch die Genfer Flüchtlingskonvention hergibt. Wenn die Linke ihre Positionen aufweicht, weil sie glaubt einer vermeintlichen gesellschaftlichen Stimmung nachrennen zu müssen, ist dies das Gegenteil von linker Klassenpolitik.

Die bekanntesten Vertreter der Debatte über einen linken Populismus sind die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe und ihr 2014 verstorbener Mann, der Philosoph Ernesto Laclau. Ihre Theorie gründet auf einer Kritik an einer Auslegung des Marxismus, wonach die Ökonomie stets die Gesellschaft determiniert. Doch sie gehen noch weiter und stellen grundsätzlich die Existenz von Klassen infrage: Jede Art von Identität sei nur temporär und könne nie vollständig fixiert werden. Nach dieser Logik sind der Kampf gegen ökonomische Ausbeutung und jener gegen politische Unterdrückung nicht miteinander verbunden. Die Linke müsse sich daher von der „alten“ Klassenpolitik verabschieden und stattdessen klassenübergreifende Bündnisse eingehen. Die Arbeiterklasse spiele keine zentrale Rolle mehr und Klassenkampf sei nur einer von vielen gesellschaftlichen Widersprüchen.

In der Praxis führt so eine Orientierung jedoch zu einer Aufweichung klassenpolitischer Forderungen der Linken, um die Anschlussfähigkeit an weitere Bevölkerungsschichten zu erhöhen, selbst wenn

diese zum Teil gegensätzliche Interessen zur Arbeiterklasse haben. Eine solche Herangehensweise ist nicht geeignet, eine Bewegung mit klaren Zielen aufzubauen, die in der Lage ist, massenhaft Menschen zu mobilisieren und soziale Rechte zu erkämpfen. Das Ganze mündet in Unbestimmtheit und der Verschleierung von Klassenwidersprüchen.

4. Der größte Fehler, den DIE LINKE begehen kann, ist das Opfern ihrer programmatischen Grundsätze für die Beteiligung an einer Regierung.

Den wesentlichen Grund für den Niedergang des Klassenbewusstseins in der französischen Arbeiterschaft sieht Eribon – und das geht in der Debatte oft unter – nicht in einer Hinwendung der Linken zu Themen jenseits der sozialen Frage, sondern in ihrem Verrat der Klasseninteressen in Regierungsverantwortung. Die Sozialistische Partei hat genau wie die SPD in Deutschland längst eine neoliberale Wende vollzogen, und auch die Kommunistische Partei Frankreichs hat sich durch ihre Beteiligung an der Regierung unter François Mitterrand für viele diskreditiert, indem sie deren späteren scharfen neoliberalen Kurs lange mittrug.

Diese Dynamik durch eine vermeintliche Politik des „kleineren Übels“ zeigt sich in allen Regierungsbeteiligungen von linken Parteien in Europa der letzten Jahrzehnte – von der Kommunistischen Partei in Frankreich über die Rifondazione Comunista in Italien bis



hin zu Syriza in Griechenland. Trotz anders lautender Rhetorik stützten sie überall die Kürzungspolitik der herrschenden Klasse und machten sich zum Mitverwalter der kapitalistischen Misere. Das Resultat war ein dramatischer Verlust an politischer Glaubwürdigkeit und zugleich auch der Fähigkeit, Widerstand zu organisieren – der Tod für jede linke Klassenpolitik.

Angesichts der Hegemoniekrise der Herrschenden und des Aufstiegs der Rechten, wäre der größ-

te Fehler, den DIE LINKE begehen kann, sich selbst zum Verwalter des neoliberalen Status quo zu machen und eine Regierung mit SPD und Grünen einzugehen. Beide sind nicht für einen grundlegenden Politikwechsel zu haben. Mit einer Regierungsbeteiligung würde DIE LINKE die Rechten weiter stärken und zugleich ihren eigenständigen politischen Gebrauchswert verlieren. Statt auf ein mögliches Linksbündnis zu hoffen, muss DIE LINKE sich dafür einsetzen, gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen.

5. Kämpferische Klassenpolitik gelingt nicht durch Stellvertretertum im Parlament, sondern durch Aufbau und Organisation von Widerstand.

Das Kernproblem der LINKEN ist nicht ein falsches Programm, sondern strategische Hilflosigkeit in der Durchsetzung der eigenen Forderungen. Das hat nämlich bisher weder in Regierungsverantwortung noch mittels dem Proklamieren des Programms in der

Opposition funktioniert. Hinter den Forderungen der LINKEN müssen reale gesellschaftliche Kräfte gruppiert werden.

Katja Kipping und Bernd Riexinger haben es in ihrem Papier »Revolution für Gerechtigkeit und Demokratie« treffend formuliert: „Die Partei DIE LINKE sieht sich so nicht als Stellvertreterpartei, sondern als Organisation, die den Menschen in ihren Kämpfen und Auseinandersetzungen für soziale, demokratische, ökologische Rechte und Forderungen nützlich ist.“ Wenn die Partei diesen Anspruch einlösen will, muss sie dort handlungsfähig werden, wo sich gesellschaftliche Konflikte zuspitzen, wo Bewegung entsteht und darf sich nicht im parlamentarischen Alltag verzetteln. DIE LINKE muss sich öffnen für Aktive aus antirassistischen oder antineoliberalen Protestinitiativen und insbesondere für kämpferische BetriebsaktivistInnen. Emanzipatorische Klassenpolitik muss sich also auch in der Binnenstruktur der Partei widerspiegeln.

Die Partei muss zu einem Vernetzungs- und Lernraum werden für diejenigen, die für eine andere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus eintreten wollen. Oder wie es die Sozialistin Rosa Luxemburg einst formulierte: „Die moderne proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach irgendeinem fertigen Schema. Mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen.“ DIE LINKE muss Menschen dazu ermutigen, selbst aktiv zu werden in einem „Lagerwahlkampf von unten gegen oben“, der aus mehr besteht als alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen, nämlich selbst für die gemeinsamen Klasseninteressen und für eine bessere Welt einzutreten.

Lisa Hofmann ist Mitglied im Landesvorstand der hessischen LINKEN und Redakteurin von marx21.

Michael Ferschke ist aktiv bei der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg und Unterstützer des Netzwerks marx21.



Warum es eine Methode neuer Klassenpolitik sein kann, mit Menschen an der Haustür zu sprechen, schreiben **Christina Kaindl** und **Sarah Nagel**.

Sozialismus ist Fußarbeit



34

Im Jahr 2016 haben die Wahl von Trump, die Abstimmung für den Brexit und der Erfolg des Front National eine Debatte über die Abgehängten und ihre Entscheidungen ausgelöst. Eribons Buch „Rückkehr nach Reims“ war Anlass für eine strategische Debatte darüber, ob die Linke die Arbeiter*innen und Abgehängten noch ansprechen kann und will. Zumindest im gewerkschaftsnahen Spektrum ist unumstritten, dass sie das sollte. Worüber bisher weniger gesprochen wurde ist, wie das jenseits der programmatischen Ausrichtung geschehen soll: Nicht nur was gesagt wird ist wichtig, sondern wo und wie Lebenserfahrungen, Probleme und Wünsche der Menschen angesprochen werden. Das betrifft Erfahrungen in der Arbeit, Stress und Sorgen vor Altersarmut oder die Frage, ob das Geld über den Monat reicht und die Miete noch bezahlt werden kann. Und was wird von „der Politik“ noch erwartet? Sind Parteien nur Vertreterinnen verschiedener Spielarten der Alternativlosigkeit? Denken sich Menschen selbst überhaupt als geschichtsmächtig?

DIE LINKE braucht eine aktive und kämpferische gewerkschaftliche Verankerung und muss gleichzeitig das eigene Bild von betrieblichen Kämpfen überprüfen. Denn die Zusammensetzung der Arbeiterklasse hat sich verändert. Die Klasse ist in den letzten 25 Jahren weiblicher und prekärer geworden, der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und im Niedriglohn ist gewachsen (nicht zuletzt wegen Outsourcing und einer Verringerung der Fertigungstiefe). Betriebe sind auch nicht der einzige Ort, an dem Arbeiter_innen im Sinne einer Klassenpolitik angesprochen werden können. Katja Kipping und Bernd Riexinger verwiesen 2013 in „Verankern, verbreiten, verbinden“ auf den Wandel der Beschäftigung und die daraus erwachsenden Herausforderungen für linke Politik. Ziel ist es, über die „Spaltungen der Beschäftigten“ hinweg, zwischen „Kernbelegschaften und Niedriglohn (und prekären Selbständigen, von Menschen ohne Papiere in Haushaltsdienstleistungen, Erwerbslose usw.)“ gemeinsame „Perspektiven, Forderungen und Strategien“ zu finden.

Gesellschaftliche Kräfteverhältnissen lassen sich nur ändern, wenn wir mehr Menschen ansprechen und gemeinsame Interessen ausloten. Umfragen zeigen regelmäßig, dass eine Mehrheit der Befragten linken Positionen zustimmt. Wie werden aus Meinungen gemeinsame Perspektiven und Kämpfe, Schritte in Richtung einer Gegenhegemonie?

Der Wohnort zählt

Der kritische Humangeograph Bernd Belina weist in der März-Ausgabe der Zeitschrift „Prokla“ darauf hin, dass Didier Eribon und ebenso Oliver Nachtwey in seinem Buch „Abstiegsgesellschaft“ kaum auf die Relevanz von räumlich ungleicher Entwicklung für Alltag, Subjektivierung und Politik eingehen. Das zeigt die Debatte über die frustrierten Trump-Wähler im deindustrialisierten „Rust Belt“, die Brexit-Befürworter*innen in den abgehängten Städten Mittelenglands und die AfD-Ergebnisse im Osten Mecklenburg-Vorpommerns. Die Herausforderung ist, diese räumlichen Dimensionen von sozialen Ungleichheiten in praktische Politik zu übersetzen.



Das Stadtviertel ist der Ort, wo die „Klassenpolitik von oben“ in Form von Privatisierung, Schuldenbremse und kommunaler Austerität im Alltag der Menschen ankommt. In der Nachbarschaft treffen viele aufeinander, denen 25 Jahre neoliberale Politik den Alltag zur Zumutung machen: Leiharbeiter*innen, Erwerbslose, Alleinerziehende mit Minijobs, Handwerker*innen, Callcenter-Angestellte, Paketbot*innen, Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Oft sind es Frauen und/oder Migrant*innen. Gleichzeitig erscheint Politik als Nullsummenspiel: Bibliothek oder Schwimmbad schließen? Linke Politik heißt nicht, die eigene Lobbygruppe gegen andere stark zu machen, sondern die Voraussetzungen dieser Erfahrungen zu verändern. Das muss erstmal erfahrbar werden, in praktischen Auseinandersetzungen und in (Selbst-)Organisierung. „Der Kampf darum, das Wohnviertel [...] zu einem Ort des solidarischen Zusammenlebens [zu machen], hat damit einen gleichberechtigten Platz neben Kämpfen um Arbeitsverhältnisse“ (Pieschke 2016: 111).

Menschen in einkommensarmen Wohngebieten sind nicht desinteressiert an Politik, wie häufig behauptet. Sie haben aber nicht das Gefühl, dass „die Politik“ etwas mit ihren durchaus politisch empfundenen Problemen vor Ort zu tun hat bzw. etwas dagegen tun will. Horst Kahrs schreibt, dass die sozialräumliche Verdichtung mehrerer sozialer Benachteiligungen einen „kollektiven Kommunikations- und Erfahrungsraum“ schaffe, in dem die Haltung über-

wiegt, dass die „eigene Lebenslage nicht erkannt, geschweige denn repräsentiert“ ist, und „eigene Einflussmöglichkeiten nicht vorhanden“ sind. Das gehöre zu

den „Grundelementen des neuen Wahlverhaltens von Klassen, die in der deutschen politischen Sprache bislang keinen Namen haben und daher als Subjekte nicht präsent sind“ (Kahrs 2015: 77ff).

Viele Mitglieder der LINKEN gehen in der Praxis an Orte oder wohnen in Stadtvierteln, deren Bewohner*innen überwiegend geringes Einkommen haben. Trotzdem braucht es einen



neuen strategischen Aufschlag. Die Menschen direkt und in den Nachbarschaften anzusprechen und einzuladen – zum Austausch, zur Organisierung oder einfach nur, um sich mal Luft zu machen – ist der Anfang. Haustürbesuche als Wahlkampf sind „in“: Die SPD, die Grünen und sogar – und offensichtlich erfolgreich – die CDU tun es. Das liegt daran, dass Haustürwahlkampf nachweislich effektiver ist als alle anderen Wahlkampfmethoden (Gerber/Green 2015). Neben medialen Konjunkturen (die meist wenig beeinflusst werden können), ist das persönliche Gespräch die einzige Methode, die nachweislich zur Wahl mobilisiert. DIE LINKE will nicht nur um Stimmen werben, wir verkau-

fen keine Waschmaschinen – wir haben echte Alternativen. Haustürgespräche können langjährige Präsenz nicht ersetzen, aber sie können eine Methode sein, um politisch am Alltag anzusetzen. Mizgin Ciftci, ein junges Parteimitglied aus Niedersachsen, hat 2016 Haustürwahlkampf im niedersächsischen Osterholz gemacht und ist mit einem guten Ergebnis in den Kreistag eingezogen. In einem Interview im Disput erzählt er: „Ein Wohnblock wurde privatisiert und der Investor hat verboten, dass Satellitenschüsseln am Haus angebracht werden. Das war natürlich ein großes Thema. Wir haben das als Aufhänger genommen, um ins Gespräch zu kommen. Wir zeigen klare Kante und sprechen die Probleme in der Stadt an, aber eben so, dass es alle verstehen. Wenn man einen Flyer hat und ‚Privatisierung stoppen‘ draufschreibt, ist das eine tolle Forderung – sie ist aber sehr abstrakt.“

Haustürgespräche und Modellprojekte

DIE LINKE macht also Haustürgespräche nicht, um auf einer Welle mitzuschwimmen, sondern um strategische Herausforderungen zu bearbeiten: Was sind wichtige Themen? Wie können Anknüpfungspunkte für linke Politik im Stadtteil auch nach der Wahl geschaffen werden? DIE LINKE antwortet mit ihrem Angebot sehr wohl auf die Probleme, das haben wir auch bei bisherigen Haustüreinsätzen immer wieder festgestellt. Wir können selbstbewusst sein und einladen, die Angebote der anderen Parteien zu



vergleichen. Es ist eben Teil der Situation, auch der Klassenpolitik von oben, dass an dem politisch organisierten Niedriglohnsektor nichts – oder nichts Grundlegendes – geändert werden soll. Dass es überhaupt kein politisches Angebot für Menschen im Hartz-IV-System gibt. Die Menschen erleben das jeden Tag und fassen es in ihre Worte. Wenn ihre Sichtweise nicht in die politische Öffentlichkeit gebracht wird, bleiben sie stumm und wirkungslos. Es geht nicht allein um „Übersetzung“ in den parlamentarischen Betrieb. Mit der Organisation bzw. Selbstorganisation verändert sich die Wahrnehmung von Politik. Sie ist dann nicht nur eine unbeeinflussbare Sache von anderen. Zugleich verändert sie auch die eigene Person und ihre Handlungsmacht in den Kräfteverhältnissen.

DIE LINKE ist derzeit mit zwei Projekten an Haustüren und in Nachbarschaften unterwegs. Für Haustürgespräche und im Haustürwahlkampf waren LINKE-Mitglieder in 14 Städten unterwegs. Sie

Zum Weiterlesen

- Steckner, Anne (2017): „Die Asys müssen weg!“ LuXemburg 1/2017, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunikationsstrategien-gegen-rechts>.
- Belina, Bernd (2017): Zur Geographie der Abstiegsgesellschaft. Der Aufstieg der Rechten – Anmerkungen zu Oliver Nachtwey und Didier Eribon. Prokla 186, S. 97-104.
- Kahrs, Horst (2015): Ziemlich viel Klasse. Prekarisierung und politische Partizipation. LuXemburg 1/2015, S. 74-79.
- Pieschke, Miriam (2016): Vom kurzen Flirt zur langfristigen Beziehung. Organisation im Kiez als transformatorisches Projekt. LuXemburg 2/2016, S. 108-113.

haben an mehr als 4.500 Türen geklopft und mit über 400 Menschen gesprochen. Ein weiteres Projekt der Verankerung und Verbreitung der LINKEN sind Modellprojekte in so genannten „sozialen Brennpunkten“ in vier Städten. Über zwei Jahre arbeiten Aktive in einem ausgewählten Stadtteil (ein Projekt ist im ländlichen Bereich) an einem konkreten Projekt, gemeinsam mit den Bewohner*innen. Deshalb beginnen viele Projektideen damit, im Wohnviertel zu fragen, wo es unter

den Nägeln brennt und was Konflikte sind, um die herum sich Menschen organisieren würden. Damit es nicht nur eine Politikform für die, sondern mit den Menschen vor Ort wird.

Christina Kaindl ist Leiterin des Bereichs Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

Sarah Nagel arbeitet im Bereich Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.





Anna Conrads

Den zornigen Blick nach oben richten!

Viele Menschen gähnen bei dem Begriff, weil sie ihn von vorgestern finden. Oder weil es ja „gar keine Klassen mehr gibt, nur noch Individuen.“ Dabei findet Klassenpolitik auch heute permanent statt – von oben. Die Klasse der Herrschenden, der Besitzenden, der ProfiteurInnen des kapitalistischen Systems betreibt permanent Klassenpolitik, um ihre Interessen zu sichern und ihre Ansprüche auszuweiten. Sie macht das über die Medien, über Wissenschaft und Forschung, über Kriege, über PolitikerInnen in Parlamenten, die Wirtschafts- und Rüstungskonzernen nahestehen, über Elitenförderung, durch Umverteilung von Mitteln und Chancen von unten nach oben. Gleichzeitig befördert sie Hass und Angst der Menschen der beherrschten Klasse untereinander – der Arbeitenden, der Armen, der Schwachen. Diese Saat von „Teile und Herrsche“ geht leider auf. Menschen empfinden zu Recht, dass etwas in diesem System nicht stimmt. Aber sie fühlen sich alleine, isoliert. Sie wenden sich gegen Ihresgleiche, gegen Menschen, die noch schwächer sind, anstatt sich gemeinsam kämpfend in Bewegung zu setzen, von den Reichen und Mächtigen ihren Anteil zu fordern.

Nun sollte man eigentlich davon ausgehen, dass in Gewerkschaften der Gedanke der Solidarität ausgeprägter und das Verständnis für Klassenpolitik größer ist. Das ist aber leider kein Automatismus, wie ich aus eigener Erfahrung weiß. Auch in den Ge-

werkschaften droht häufig, dass die immer wieder aufkeimenden kleinen Pflänzchen solidarischen Verhaltens von den aufkommenden Widersprüchen zertreten werden. Wenn sich beispielsweise ein ver.di-Bezirk entschließt, Flüchtlinge als Mitglieder aufzunehmen, um ihnen die Integration und den Kampf für ihre sozialen Rechte zu erleichtern, ist das ein mutiger und solidarischer Schritt, der aber zugleich das Selbstverständnis der Gewerkschaft – als Ort von organisierten Beschäftigten – auf eine Probe stellt. Diese Diskussionen sind nicht immer gemütlich, aber wir müssen sie führen, da sie erste Schritte für Veränderungen darstellen.

Linke Politik muss dabei hilfreich sein, Widersprüche zwischen den Gruppen zu erkennen, aber das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Dazu muss sie sich die Stellvertreterpolitik und das reine Repräsentieren und Kümmern genauso abgewöhnen, wie die Unterteilung in „wichtige“ und „unwichtige“ Gruppen von Menschen und ihren Belangen. Nur das Zusammenbringen der „Subalternen“ unter einem gemeinsamen Klassenbewusstsein und die Entstehung eines gemeinsamen Interesses kann sie wieder in die Offensive bringen, – den zornigen Blick nach oben gerichtet, anstatt nach unten und zur Seite.

Anna Conrads ist Gründungsmitglied der LINKEN und seit 2012 Gewerkschaftssekretärin bei ver.di.

Kommunalpolitik als Klassenpolitik

Ein Plädoyer für das Große im Kleinen von **Elisabeth Kula**.

Kommunalpolitik ist unsexy – da sind sich viele Linke einig. Gähnende Langeweile in Diskussionen über Parkbänke, Friedhofs-Gießkannen und Bauleitplanungen werden oft damit verbunden. Das aber ist zu kurz gedacht. Linke Kommunalpolitik lässt sich nämlich durchaus als Klassenpolitik verstehen. Die traditionelle Arbeiterklasse, auf die sich viele Theorie- und Strategiedebatten der gesellschaftlichen Linken bis in die 90er Jahre bezogen, hat sich aber als wahrgenommene Bezugsgröße heute so gut wie aufgelöst. Durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaft differenzierte sich die Klasse der Arbeitenden immer weiter aus. Kollektive Zusammenhänge, wie die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb, eine gemeinsame Lebensweise – Wohnraumsituation, Freizeitgestaltung etc. – oder gemeinsame Weltbilder sowie Denk- und Wertmuster, spielen heute kaum noch eine Rolle.

Die historischen Bedingungen sind für ein identitätsstiftendes Projekt von links denkbar ungünstig. Die Großgewerkschaften sind geschwächt. Der Angriff auf Identitätsstrukturen durch den Neoliberalismus sowie die damit einhergehende allgemeine Verunsicherung

über den eigenen Platz in der Gesellschaft sowie der arbeitsteiligen Ökonomie verhalf nationalistischen und rassistisch-chauvinistischen Gruppierungen und Parteien zum Aufstieg. Der Ort der Entsolidarisierung, der sich zuspitzenden Konkurrenz, der Entdemokratisierung und der Polarisierung sind neben den Betrieben die Kommunen. Diese können ihren Aufgaben immer weniger nachkommen, da sie durch die restriktive austeritätspolitische Haushaltspolitik der EU und im Bund eingeschränkt werden. Genau hier muss angesetzt werden.

Austeritätspolitik greift die kommunale Handlungsfähigkeit an

Der aktuelle Finanzmarktkapitalismus verschaffte sich insbesondere in den Städten neue Akkumulationsräume. Immobilienspekulationen machten einige Wenige sehr reich und bedeuteten für viele Andere erhebliche Einschnitte. Neben der „Aufwertung“ der Metropolen gibt es gleichzeitig eine Verarmungspolitik der öffentlichen Haushalte zu Gunsten einer Finanzialisierung: Während Austeritätspolitik die öffentliche Daseinsvorsorge substantiell angreift, wird

es Kommunen erlaubt, auf den Finanzmärkten mitzuspekulieren. Die Folge sind reihenweise Privatisierungen oder gar Schließungen öffentlicher Einrichtungen, die nach neoliberaler Logik zu „unproduktiv“ sind. Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte ist unter der Federführung der EZB und weiterer nicht-demokratisch legitimierter Institutionen der EU erfolgt.

Kommunale Verteilungsfragen sind Klassenfragen

Die wichtigsten Fragen betreffen die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen dem privaten Reichtum einiger Weniger und dem dadurch angegriffenen gesellschaftlichen, öffentlichen Reichtum. Kurz zusammengefasst kann man von einem Umverteilungsprozess von unten nach oben sprechen. Schließlich kommt die öffentliche Daseinsvorsorge insbesondere denjenigen zu Gute, die sich Leistungen wie einen Schwimmbadbesuch oder eine gut ausgestattete Kita auf dem unregulierten Markt nicht leisten können. Kommunalpolitik ist unter diesen historischen Umständen in jedem Fall „Klassenpolitik“, da sie direkt und unmittelbar mit den neo-



liberalen europäischen Reformen konfrontiert ist, die die Interessen von Prekarisierten, Menschen mit geringem Einkommen, Arbeitslosen, Rentner*innen, Student*innen, Menschen mit Behinderungen und Geflüchteten angreift.

Zentrale Aufgabe linker Kommunalpolitik, die sich als Klassenpolitik versteht, ist es also, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, dessen Entstehungsgeschichte sowie die demokratische Teilhabe daran zum Thema zu machen. „Klasse“ bedeutet in diesem Sinne nicht die identifikationsstiftende, ökonomisch-harmonische Einheit. Sie ist aber auch kein zufälliger Zusammenhang unterschiedlicher Menschen. Das politische Subjekt linker Kommunalpolitik sind diejenigen, deren Interessen durch die herrschende Politik unterminiert und angegriffen werden. Die austeritätspolitischen Maßnahmen wirken „sozial höchst selektiv“, wie es der kritische Humangeograf Felix Wiegand ausdrückt. Das politische Subjekt setzt sich also aus verschiedenen Fraktionen der unteren gesellschaftlichen Klassen zusammen und ist folglich inhomogen in seiner Zusammensetzung. Um das Krisenmanagement anzugreifen, ist es dringend notwendig, kommunalen Widerstand zu organisieren und zu unterstützen.

Den Widerstand stärken und erfahrbar machen

In Spanien gibt es bereits Bewegungen, die mit Hilfe von linken

Parteien – oder auch unabhängig von diesen – Kommunalverwaltungen übernommen haben oder zumindest die Politik der Kommunen maßgeblich mitbestimmen. In Deutschland gibt es kleinere Ansätze wie die „Recht auf Stadt“-Bewegung oder Proteste gegen die Kürzungspolitik. Diese aufflackernenden Akte des Widerstands sollten wir als LINKE zum Ausgangspunkt einer kommunalen Klassenpolitik verstehen. Linke Kommunalpolitik bedeutet sehr viel mehr als die reine parlamentarische Arbeit, ohne deren Möglichkeiten – Offenlegung der Mechanismen neoliberaler Politik, Nutzung verbliebener finanzieller Spielräume – außer acht zu lassen. Eine stetige Parlamentsarbeit als wahrnehmbare oppositionelle Kraft kann Räume für widerständige Interventionen öffnen und zur Bildung einer kritischen Öffentlichkeit beitragen. In Marburg hat es die Bündnis-Fraktion „Marburger Linke“ beispielsweise geschafft, die Kürzungs- und Sparmaßnahmen im Sozial- und Kulturbereich durch die Stadt öffentlich zu machen und zu skandalisieren, so dass breiter gesellschaftlicher Protest entstehen konnte. Gleichzeitig ist es unerlässlich, sich in außerparlamentarischen Bündnissen zu engagieren und zuverlässige Streiksolidarität vor Ort zu zeigen. Da haben wir vom Bündnis gegen die Privatisierung des Uniklinikums bis zum lokalen Bündnis gegen TTIP viele Erfahrungen gesammelt. Kommunalpolitik im Sinne

von „Klassenpolitik“ zu verstehen, bedeutet schlussendlich auch ganz praktisch, als helfende Partei aufzutreten. Durch das Anbieten von Sozialsprechstunden oder ähnliches können LINKE Vertrauen schaffen und näher an die Menschen selbst rücken.

Es gilt, die Relevanz der kommunalpolitischen Tätigkeit innerhalb der Partei neu zu gewichten. Kommunalpolitik als Klassenpolitik zu verstehen bedeutet schließlich nicht weniger, als dem Austeritätsregime lokalen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Gesamterzählung muss linke Kommunalpolitik rahmen, ansonsten wird sie zu Verwaltungshandeln statt zu „Klassenpolitik“. Der Parteaufbau vor Ort, die Wahl von Abgeordneten in die städtischen Parlamente, die Schaffung von unterstützenden Angeboten für bedürftige Menschen, die gewerkschaftliche Orientierung, außerparlamentarisches Engagement in Bündnissen vor Ort sowie die Verstärkung all dieser Aktivitäten kann solidarisiert, identitätsstiftend und organisierend wirken. Allianzpolitik im Sinne einer verbindenden Partei muss vor Ort konkret werden, damit Solidarität unter den Abgehängten und Ausgegrenzten erfahrbar wird.

Elisabeth Kula ist Mitglied des Landesvorstands der LINKEN Hessen und aktive Kommunalpolitikerin in der Stadtverordnetenversammlung Marburg.



„Das Verhältnis der Arbeiterklasse zu ihren Parteien ist brüchig geworden.“

Nicole Gohlke und Heinz Hillebrand diskutieren über Arbeiterkultur und kulturlose Linke. Jörg Schindler führte das Gespräch.

Es ist nicht mehr ausgemacht, dass die Arbeiterschaft linke Parteien wählt. Was sind die Gründe hierfür? Was wäre eine Antwort der LINKEN?

Jörg: Die Wahlerfolge der AfD seit 2015 zeigen ein Problem. Auch in den USA, in Frankreich und in den Niederlanden erringen rechte Parteien überdurchschnittliche Ergebnisse unter den ArbeiterInnen. Offenbar macht die politische Linke hier systematisch etwas falsch, oder?

Heinz: Moment, es geht hier um die ArbeiterInnen, die zur Wahl gegangen sind. Da muss man schon genau sein. Es ist auch nicht nur eine Frage des Rechtspopulismus. Es gibt eine gewisse Sprachlosigkeit. Die alte Arbeiterklasse zerfällt und ihr Verhältnis zu ihren Parteien ist brüchig geworden. Das sieht man z.B. daran, dass in der SPD fast keine ArbeiterInnen mehr Mitglied sind. Aber auch daran, dass DIE LINKE sehr akademisch geprägt ist. Je höher man kommt, desto mehr. Die Verbindung, die im Fordismus normal war, ist zerbrochen: dass man als ArbeiterIn oder AngestellteR in irgendeiner Form – und da rechne ich mal die Sozialdemokratie dazu – „links“ wählt. Eribon hat das ja aufgezeigt, das hat vor allem etwas mit der Sozialdemokratie zu tun, aber eben auch mit den kommunistischen Parteien – da, wo sie stark waren.

Nicole: Zustimmung. In dieser Beschreibung ist Eribon total stark, finde ich: Wie er beschreibt, wie er seine Herkunft verleugnet, in das linke akademisch und queer geprägte großstädtische Paris

kommt, wie diese Herkunft als minderwertig angesehen wurde. Eribon wird aber missverstanden, wenn er so gelesen wird, dass er sage, die Linke müsse sich deshalb etwa mit queeren Themen oder dem Antirassismus weniger beschäftigen. Er kritisiert auch nicht die linksradikalen Uni-Milieus für mangelnden Arbeiterbezug. Sondern es ist in erster Linie eine Kritik an der Sozialdemokratie, die sich dem Neoliberalismus wandte unter dem Slogan des Individualismus und „Jeder kann's schaffen“, aber auch eine Kritik an der kommunistischen Tradition, die diese Fragen vielfach zu Nebenwiderspruchsthese erklärt hat. Deshalb tue ich mich schwer, wenn – auch aus unserer Strömung heraus – formuliert wird, man solle sich nicht so viel mit diesen Themen beschäftigen, weil es ja vom „eigentlichen“ Thema ablenke. Eigentlich muss der Anspruch sein: Wir verknüpfen diese Themen mit der sozialen Frage und füllen sie so mit Klassenorientierung.

Heinz: Die Klasse, zu der Eribon zurückkehrt, gibt es aber nicht mehr. Die Arbeiterklasse von heute ist nicht mehr mehrheitlich die Arbeiterklasse, die manuell arbeitet. Das sind noch etwa 27%. Zweitens: Der Weg, den Eribon gegangen ist, sind nicht alle gegangen. Lothar Peter hat in der „Z“ jüngst gut auseinandergenommen, dass das kommunistische Milieu in seinem Umfeld, das Eribon beschreibt, nicht das kommunistische Milieu der roten Vorstädte von Paris war. Es ist auch nicht so, dass sich die Kommunisten damals nicht mit anderen Fragen beschäftigt haben. Auch das kann

man in dem Artikel von Peter nachlesen. Wer sagt denn aktuell, dass man sich mit anderen Fragen nicht mehr beschäftigen soll? Ich kenne persönlich niemanden.

Nicole: Nun, schon der oft verwendete Begriff „Kulturlinke“ ist sehr abschätzig. Wer ist denn damit gemeint? Ich empfinde das in unseren Diskussionen, auch in der SL, so, als wäre es ein Stück weit Abwehr, sich mit Geschlechterfragen, Ökologie, Antirassismus, Postkolonialismus – sozusagen „über Gebühr“ – auseinanderzusetzen. Also als informelle These: Eigentlich geht's doch um Brot und Butter, hör doch mal auf mit dem ganzen Drumherum. Das empfinde ich aber als falsch. Es geht immer um Brot und Butter, aber eben für alle Teile der Klasse und in Verbindung mit den anderen Themen.

Heinz: Meine Beobachtung ist folgende: Als wir die WASG aufgebaut haben, war sie z.B. in NRW anfangs ziemlich proletarisch. Das hat sich im Laufe der Entwicklung verändert. Ich erinnere mich, dass wir Funktionäre aus den Gewerkschaften bei uns hatten, die kamen aber eben aus einem sozialdemokratischen Milieu. Die sind angegangen worden, sie seien zu reformistisch, zu sozialdemokratisch, es gab Kampfabstimmungen gegen sie. Und die sind dann teilweise gegangen. Betriebsräte sind nicht mehr gekommen. Im Laufe des Prozesses zur neuen Linken haben wir so viele Leute verloren. Das finde ich schlecht und das möchte ich ändern.

Nicole: Auch wir hatten in der Gründungsphase viele Leute aus

Gewerkschaften und dem ehemals sozialdemokratischen Umfeld in Bayern, die ich als bereichernd empfand, die sich aber leider wieder zurückgezogen haben oder ausgetreten sind. Aber das hatte doch meines Erachtens gerade nichts damit zu tun, dass bei uns eine vermeintlich akademische oder „Kulturlinke“ den Ton angegeben hätte. Sondern es war meiner Beobachtung nach stark zurückzuführen auf einen innerparteilichen Konflikt zwischen Erwerbslosen und GewerkschafterInnen darüber, was Partei leisten soll, welchen Charakter sie haben soll.

Jörg: Und was muss sie leisten, damit bestimmte Milieus nicht ins Hintertreffen geraten?

Heinz: Ich will nicht, dass sich linke Parteien aus der Arbeiterklasse herausstellen. Ich möchte nicht, dass wir eine linksgrüne Partei werden. Es gibt z.B. unsere Partnerpartei in Norwegen, dort sind nur 1% der Mitglieder ArbeiterInnen. Das will ich nicht. Ich möchte eine Partei von unten, die in Deutschland mehr von den 44 Mio. abhängig Beschäftigten erreicht. Wenn wir das wollen, brauchen wir eine lebendige Kultur in den Basisorganisationen, die wir bislang nur ganz selten haben. Ebenso wie Gliederungen, in denen sich die Mitglieder wohlfühlen. Wo es Verbindungen gibt zwischen den ganz Jungen und Alten. Im Moment kann man junge Leute oft nicht auf die Mitgliederversammlungen mitbringen. Die gehen wieder, Sitzungssozialismus ist für sie uninteressant. Ande-

rerseits frage ich mich: Könnte ich eine Betriebsrätin, z.B. aus dem Einzelhandel, einfach zu unseren Mitgliederversammlungen mitbringen? Sie würde vieles nicht verstehen. Sie würde vielleicht – nicht direkt, aber indirekt – auch etwas abwertend behandelt werden. Vielleicht würde sie sich fragen: Darf ich hier eigentlich alles sagen, was mich bewegt? Ich möchte daher weniger linken Milieusprech auf den Versammlungen, dafür mehr Elemente in der Basisarbeit, wo man mal ein Fest feiert, sich aufgehoben fühlt.

Nicole: Wir stehen vor der großen Herausforderung, dass sich die Arbeiterklasse stark ausdifferenziert hat. Erwerbslose haben andere Ansprüche an die Partei, einen anderen Zugang, eine andere Sprache, als etwa ein seit 30 Jahren im Gewerkschaftsapparat befindlicher Verdianer. Diese wiederum haben einen anderen Zugang als unser im akademischen Prekariat steckendes Mitglied. Wir müssen es irgendwie schaffen – und ich sage nicht, dass es leicht ist –, dass es Räume in der Partei gibt, die für alle interessant werden. Orte gibt, wo sich alle wohlfühlen. Ja, dafür ist es wichtig, eine Sprache zu sprechen, die von allen verstanden wird. Ich finde es aber nicht hilfreich, gegen eine vermeintliche „Kulturlinke“ einen komischen Rückgriff auf die „soziale Linke“ zu machen. Sondern wir müssen uns dieser Heterogenität stellen. Wenn z.B. die „Care-ArbeiterInnen“ in der

Bildung und Pflege, die einen größeren Teil der ArbeiterInnenklasse stellen als die der Automobilbranche, zu einem großen Teil weiblich und migrantisch sind, müssen wir deren Themen stärker aufgreifen.

Heinz: Klar, heute sind 44% der manuell Arbeitenden MigrantInnen. Die klassische Arbeit ist also heute schon migrantisch geprägt. Ich halte „Kulturlinke“ auch für den falschen Begriff. Kultur heißt für mich Lebensweise. Gesellschaftlich, weniger in unserer Partei, charakterisiert der Begriff des „progressiven Neoliberalismus“ Kräfte, die jeden Bezug zur sozialen Frage verloren haben. Wenn du richtig ausführst, dass die Arbeiterklasse sehr differenziert ist, gilt das auch für die Mittelklasse. Und auch früher war der Habitus innerhalb der Klassen verschieden. Was aber fehlt in der heutigen Zeit, ist das Sich-Beziehen auf die gesamte Klasse. Wo gibt es heute eine gemeinsame Erzählung darüber, was eine Lidl-Verkäuferin und eine VW-Arbeiterin, die 4.000 Euro verdient, miteinander zu tun haben? Das, was sie vor allem verbindet, ist der Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft.

Jörg: Was folgt daraus? Wie kann denn jetzt die Linke die verschiedenen Milieus zusammenbringen?

Heinz: Es kann sein, dass – wie wir in Teilen Europas erleben – das



ganze traditionelle Parteiensystem zur Disposition steht. Das gilt für die Sozialdemokratie wie auch für linke Parteien. Das ist ein Problem. Denn bei allem Bewegungscharakter: Die Partei bleibt für mich der Bezugspunkt, solange ich nichts Besseres habe. Auch, wenn sie sich in Bewegungen einbringt, sie bleibt der Bezugspunkt. Die Partei ist für mich aber vor allem eine Frage von Parteilieben, von Organisation vor Ort. Sie ist der Versuch, eine Sprache zu finden, die alle anspricht, nicht nur das aktivistische Milieu oder – wie im Osten – das Kontrastprogramm: die SeniorInnen. Es muss einen Austausch der Generationen geben. Es geht um eine gemeinsame Erzählung der Partei, die klassenkämpferisch ist, aber eben auch andere Aspekte beinhaltet, z.B. die vollständige Gleichstellung der Geschlechter. Die deutlich macht, dass wir eine neue linkspluralistische Partei sind, die aus den Fehlern der alten Arbeiterbewegung gelernt hat. Diese gemeinsame Erzählung haben wir nicht. Wenn du heute in eine Basisorganisation kommst, erzählt dir jeder was anderes. Wir haben unterschiedliche Milieus in der Partei und unter unseren WählerInnen. Bei aller Verschiedenheit muss es uns gelingen, zu definieren, warum wir uns zusammengefunden haben. Sonst besteht die Gefahr, dass wir bei einer existenziellen Krise auseinanderbrechen. Wir brauchen eine Parteikultur, die alle einbezieht und müssen Sitzungen so organisieren, dass auch Alleinerziehende mit Kindern daran teilnehmen können. Jugendliche AktivistInnen müssen sich ebenso einbringen können wie berufstätige Mittvierziger. In Vorständen sollten im größeren Maße abhängig Beschäftigte vertreten sein. Es gelingt uns auch unzureichend, bekannte Betriebsräte auf die Landeslisten der Partei zu setzen, weil die Posten durch diverse Netzwerke schon vorher verteilt sind. Und nicht zuletzt gehört für mich zur Kultur der Partei auch, nicht nur zusammen Politik zu machen, sondern auch mal gemeinsam zu singen oder ein Bier zu trinken.

Nicole: Die Bereitschaft, sich dauerhaft in einer Partei zu organisieren, ist ja generell gesunken, das

gilt für alle Parteien. Das hat auch was mit der Entwicklung der Parteien zu hierarchischen Apparaten zu tun. Wir merken ja den Takt, den so eine Partei dann auch vorgibt: aktuell sein, ansprechbar sein, reagieren können, Gremiensitzungen usw. Das setzt fast schon Hauptamtlichkeit voraus. Das erschreckt mich. Wir erleben überall, wie die Partei von Hauptamtlichen dominiert wird. Eine Partei so zu gestalten, dass z.B. Alleinerziehende oder SchichtarbeiterInnen auch daran teilnehmen können, und zwar in Funktion und nicht nur zweimal jährlich in einer Mitgliederversammlung, das ist eine riesige Herausforderung.

Heinz: Mir käme es gegenüber den Apparaten auch darauf an, eine Bewegung von unten zu schaffen. Wir haben es ja bei uns auch schon, dass Politik eine Sache von SpezialistInnen wird.

Jörg: Es gibt da bei Eribon den Begriff der „linken Elite“. Dass auch bei ehemaligen Arbeiterparteien der soziale Aufstieg zur Entfremdung von denen geführt hat, die man repräsentiert. Was könnte man dem entgegensetzen? Ich nenne da einfach nur die Stichpunkte: Mandatszeitbegrenzung, Öffnung der Arbeitsverträge in Partei und Fraktion auch für NichtakademikerInnen usw.

Nicole: Es gibt ja das Beispiel Jan van Aken, der jetzt wie angekündigt nach zwei Legislaturperioden das Mandat freiwillig abgibt. Aber ich kenne auch den Druck, dass man in einem Mandat erst einmal jemanden aufbauen muss, der sprachfähig in seinem Bereich ist und in der Öffentlichkeit überhaupt als Gesicht der LINKEN wahrgenommen wird. Das spricht eindeutig gegen eine strenge Begrenzung von Mandatsperioden. Gruselig finde ich aber vor allem, dass ich auf Bundesparteitagen immer die komplette Bundestagsfraktion als Delegierte sehe, dazu manchmal die halbe Landtagsfraktion und nochmal drei Mitarbeiter. Wenn bei Parteitagen die Kontrolle der Partei über die Fraktionen nicht mehr stattfindet, muss man schon auch drüber nachdenken, mit neuen Regularien da ranzugehen.

Heinz: Ich sehe schon in der Herangehensweise ein Problem, dass wir überhaupt Workshops zur Sprache der „einfachen Leute“ machen. Ich komme aus einem Arbeiterhaushalt und der Lehrlingsbewegung. Da haben wir gelernt, für uns selbst zu sprechen. KommunistInnen und SozialdemokratInnen haben in der Vergangenheit ihr Führungspersonal – schon, weil Arbeiterkinder nicht studieren konnten – aus der eigenen Klasse rekrutiert. Wer Mitglied eines Zentralkomitees oder Gewerkschaftsvorstandes werden wollte, musste eine eigene Kadenschulung durchlaufen. Der Begriff der Elite suggeriert hingegen, dass die Qualifiziertesten entsprechende Jobs bekommen. Das ist aber oft nicht der Fall, es kommt eher auf Beziehungen an. Wir sollten Mechanismen finden, dass unser Führungspersonal wie die Abgeordneten sowohl fachliche Qualifikationen besitzen, als auch breit in der Bevölkerung verankert sind.

Ich glaube aber nicht, dass man das mit Begrenzung der Mandatsdauer lösen kann, auch wenn ich nicht gut finde, dass Leute ihr Leben lang MandatsträgerInnen sind. Aber man braucht eine lange Einarbeitungszeit, um die fachliche Kompetenz zu erwerben, in der parlamentarischen Arbeit eine gute Figur zu machen. Sonst sagt die Ministerialbürokratie, es ist uns egal, wer unter uns Parlament ist. Ich hielte mehr davon, wenn mehr „normale“ Menschen mit Rückhalt in der Gesellschaft in solche Funktionen kommen. Dann können sich die ehemalige ALG-II-Bezieherin und der ehemalige Betriebsrat aus der Metallindustrie auch sprachlich mit Professoren und Verwaltungsprofis in der Wirkung nach außen ergänzen.

Nicole Gohlke ist hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied im Landesvorstand der bayerischen LINKEN.

Heinz Hillebrand ist Leiter des Bereichs Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

Jörg Schindler ist stellv. Landesvorsitzender der LINKEN Sachsen-Anhalt.

Alle drei sind Mitglieder im BundessprecherInnenrat der SL.



Ulrike Eifler

Nur Klassenorientierung sichert den Fortbestand als linke Partei

Linke Klassenpolitik beginnt mit der Erkenntnis, dass es in einer Klassengesellschaft keine klassenlose Politik geben kann. Eine linke Partei, die sich nicht auf die Seite der Lohnabhängigen stellt, bedient – wenn auch unfreiwillig – die Interessen anderer Klassen. Das Arbeiten und Leben unter prekären Bedingungen, eine unerträgliche Arbeitsverdichtung und die beängstigende Aussicht auf Altersarmut gehören zu den Alltagserfahrungen vieler Menschen. Sie formen ihre Interessen, ihre moralischen und politischen Einstellungen und ihre Alltagskommunikation.

Aber was heißt es, sich auf die Seite der Lohnabhängigen zu stellen? Eine linke Partei muss ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen, ihre finanziellen Möglichkeiten und ihre intellektuellen Köpfe dem Emanzipationsprozess der Klasse zur Verfügung stellen. Sie darf die Klasse nicht vertreten, sondern muss vielmehr ein Teil von ihr werden wollen. Sie muss die Gesellschaft durch die Augen der Lohnabhängigen betrachten und danach fragen, in wessen Interesse politische Entscheidungsprozesse sind. Diese Orientierung ist sowohl für die Klasse als auch für die Partei existenziell. Nur die Klassenorientierung sichert den Fortbestand als linke Partei. Umgekehrt braucht die in unzählige Fraktionen gesplante Arbeiterklasse eine linke Partei, die ihre Einheit im Blick hat, Alltagser-

fahrungen politisch verallgemeinert und ihrem Unmut eine linke Richtung gibt.

Neoliberale Politik lebt von Alternativlosigkeit und Entsolidarisierung. Reale Kämpfe setzen kollektive Erfahrungsprozesse frei und verankern in der Klasse den Gedanken, dass Solidarität eine unerlässliche Voraussetzung für Veränderung ist. In den Kämpfen brechen die KollegInnen mit herrschenden Ideen und können konkrete Alternativen zu neoliberaler Politik entwickeln. Leider lassen sich diese Kämpfe nicht einfach ausrufen. Linke Klassenpolitik besteht darin, Widersprüche zu erkennen und an ihnen entlang den Aufbau der Kämpfe zu unterstützen. Die Streikbewegungen der letzten Jahre zeigen, dass das gelingen kann. Linke Klassenpolitik muss also erstens in der Schwerpunktsetzung die Themen der Lohnabhängigen zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatte machen. Sie muss zweitens erkennen, dass Emanzipation kein intellektueller Prozess ist, sondern in realen Kämpfen entsteht. Und sie muss drittens die fortschrittlichsten Teile der Klasse so miteinander vernetzen und stärken, dass diese in der Klasse für eine konfliktorientierte Politik eintreten.

Ulrike Eifler ist Regionalschäftsführerin des DGB Südosthessen und Mitglied im BundessprecherInnenrat der SL.



Was wir vom linken Populismus lernen können

Vier Vorschläge von **Benjamin Opratko**, was SozialistInnen hierzulande vom globalen Aufschwung des Linkspopulismus lernen können.

44

Jemanden „Populisten“, „Populistin“ zu nennen, heißt ihn oder sie zu schmähen: als Demagogin, Nationalistin oder Rassistin. Lange wurde die Bezeichnung in Europa auf die radikale Rechte gemünzt. Doch seit einigen Jahren dient sie auch der Desavouierung linker PolitikerInnen. CDU-Generalsekretär Tauber gilt die LINKE als „rote AfD“. Und in der europäischen Presse wurde die Wahl des Neoliberalen Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten nicht selten als Absage an den „rechten“ wie den „linken“ Populismus gefeiert – als wären Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon bloß zwei Ausprägungen eines im Kern gleichen politischen Projekts.

So verwendet hat der Populismusbegriff sozialistischer Politik nichts zu bieten. In den Händen der herrschenden Klasse und ihrer Intellektuellen ist er nicht mehr als die Aktualisierung des alten, liberalen Extremismus-Theorems, nachdem die beiden Enden des gedachten politischen Spektrums sich wie bei einem Hufeisen annähern. Das hat den enormen Vorteil, dass noch die extremsten Formen

des Klassenkampfes von oben – die mörderische Kürzungspolitik in Griechenland oder der permanente Ausnahmezustand in Frankreich etwa – als moderate, vernunftgeleitete Politik der Mitte inszeniert werden können.

Zugleich hat der Populismusbegriff in der europäischen Linken eine neue, eigenständige Dynamik gewonnen. Politische Projekte, denen es im letzten Jahrzehnt gelungen ist, über die Grenzen traditioneller linker Politik erfolgreich zu sein, beziehen sich explizit oder implizit auf populistische Strategien. Die Wahlerfolge von Podemos und der ihr verbundenen stadtpolitischen Bündnisse, die bemerkenswerte Kampagne von Bernie Sanders in den USA, aber auch das respektable Abschneiden von Jean-Luc Mélenchon können als Belege dafür gelten. Linke Intellektuelle wie Oliver Nachtwey legten ein ähnliches Vorgehen auch der deutschen Linken nahe: „Wie könnte man einen Linkspopulismus betreiben, ohne dabei ausgrenzend und protektionistisch zu werden?“¹

Um diese Frage zu beantworten, müssten jedoch zunächst die vielen Zuschreibungen und Vorwürfe zur Seite geräumt werden, die die Linkspopulismus-Debatte derzeit überlagern. Wer unter Populismus die kritiklose Übernahme eines scheinbar eindeutigen „Volkswillens“ oder gar die opportunistische Annäherung an rassistische Sicherheits- und Grenzpolitik versteht, wird von dieser Debatte nichts lernen können. Tatsächlich ist es aber notwendig, linken Populismus als real existierendes Phänomen zu verstehen. Denn zumindest wirft er die richtigen Fragen auf, der sich gerade eine klassenkämpferisch orientierte Linke stellen muss. Ich greife hier vier Aspekte thesenhaft heraus.

Erstens: Populismus ist Ausdruck und Bearbeitungsform einer tiefen Krise der Demokratie und des Kapitalismus. Wir erleben heute etwas, das der italienische Kommunist Antonio Gramsci einst mit Blick auf die 1920er und 30er Jahre als „Hegemoniekrise“ oder „Krise der Autorität“ bezeichnet hatte. Stark vereinfacht bedeutet das: Eine große Zahl jener, die sich zum

„Volk“ zählen, sieht ihre Interessen, Erfahrungswelten, Selbst- und Weltverständnisse nicht länger im politischen Betrieb und dessen massenmedialer Inszenierung abgebildet. Sie fühlen sich nicht mehr repräsentiert. Die kulturelle Kluft zwischen Volk und Elite öffnet den Raum, in dem der Stoßseufzer abgesetzt wird: „Die da oben machen doch eh was sie wollen.“

Populistische Politik begreift diesen Raum als politisierbar. Sie greift den Unmut auf und behauptet: Wir sind die Stimme des ungehörten Volkes – und wir machen diese Stimme vernehmbar, indem wir den Eliten die Stirn bieten. Die Erfolge von Trump, Brexit, FPÖ oder Front National sind auch auf diese Dynamik der politischen Repräsentationskrise zurückzuführen.

Zweitens: Der linke unterscheidet sich vom rechten Populismus nicht nur darin, wie er die Grenze zwischen „uns“ und „ihnen“ zieht. Linkspopulismus beruht auf einem dem rechten elementar entgegengesetzten Verständnis des „Volkes“. Der rechte Populismus behauptet – und glaubt an – ein authentisches, einheitliches und dem gesunden Menschenverstand zugängliches Interesse des Volkes. Aufgabe der Politik ist es demnach, dem Volksempfinden Gehör zu verschaffen, wie es vor der politischen Einmischung, ursprünglich und unverdorben existierte. Ein linker Populismus dagegen anerkennt die Vielzahl unterschiedlicher, auch gegensätzlicher Interessen, Wünsche, Ansichten und Ängste innerhalb des Volkes. Unterschiedliche Klassenfraktionen, kulturelle Milieus, Positionen in den geschlechterspezifischen, sexuellen, rassistischen und anderen Machtverhältnissen existieren innerhalb des Volkes – nicht, wie die Rechten behaupten, zwischen dem „echten“ Volk und seinen Feinden. Aufgabe der Politik ist es dann, Gemeinsamkeiten herzustellen, temporäre Gemeinschaft und Einheit zu stiften anhand von Forderungen und Begehren, auf die Allianzen der Ausgebeuteten und Unterdrückten sich demokratisch zu einigen vermögen. Damit liegt dieses Verständnis auch quer zu jenen Traditionen des Marxismus,

die den objektiven, aber verborgenen gemeinsamen Klasseninteressen bloß zum subjektiven Durchbruch verhelfen zu können glauben. Die Aufgabe ist eine der Allianzenbildung, der Heraufbeschwörung des Gemeinsamen. Das ist mehr als die Addition einzelner Gruppeninteressen oder die Zusammenstellung von Wahlprogrammen nach dem Baukastenprinzip. Die populistische Hypothese lautet, dass die politische Allianz der Unterdrückten durch die Identifikation und Benennung des Gegners gestiftet wird. Entscheidend für einen linken Populismus ist der inklusive Charakter dieser Operation: Wir wollen mehr werden.

Drittens: Ein erfolgreicher linker Populismus weigert sich, die Sprache der Regierenden zu sprechen. Er gibt den Leidenschaften jener Ausdruck, die – wie es Gramsci formulierte – die Initiative der Herrschenden erleiden. Das ist im politischen Tagesgeschäft eine besondere Herausforderung. Denn hier werden wir permanent angehalten, konkrete Lösungen für kleinteilige Probleme zu formulieren. Erwartet werden „konstruktive Vorschläge“ für Problemlagen, deren Formulierung den Ideologen des Kapitals überlassen werden soll. Thomas Goes und David Bednowski haben diese Zumutung jüngst zurecht als „entmündigenden und undemokratischen Impuls“ entlarvt: So wird betont, „wie unerhört kompliziert doch die Sachverhalte und Zusammenhänge der politischen Welt seien – so kompliziert, dass nur Experten und Berufspolitiker sie verstünden“.² Die Attraktivität linkspopulistischer Projekte ist auch darauf zurückzuführen, dass sie sich dieser Zumutung entziehen. Wenn Podemos das Ende des „Regimes von 1978“ oder Jean-Luc Mélenchon eine Sechste Republik fordert³, wird kommuniziert, dass es um die grundlegende Neugestaltung der institutionellen Bedingungen geht, unter denen Politik gemacht wird. Nicht aus einem radikalen Gestus oder weil konkrete Verbesserungen überheblich geringgeschätzt würden. Sondern als Konsequenz einer pragmatischen Analyse der politischen Verhältnisse. Diese besagt, dass

selbst um das Allernötigste zu erreichen ein großer Bruch nötig ist. Für Deutschland übersetzt könnte das heißen: Ein Ende der Drangsalierung von Erwerbsarbeitslosen, ein Stopp für Waffenexporte, eine Garantie für leistbares Wohnen für Alle, die Gewährleistung des Menschenrechts auf Asyl oder die Abkehr von der unwiderruflichen Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlagen. Das sind jetzt schon Kernpunkte unserer Politik. Die populistische Hypothese beinhaltet aber, dass sie unerreichbar bleiben, wenn wir nicht wagen, uns offen gegen das etablierte Parteiensystem zu wenden. Für das Mindeste ist das Größte notwendig: Ein großes Nein an den Anfang der eigenen Politik zu stellen.

Viertens schließlich verlangt uns die Diskussion um einen linken Populismus einen Abschied von der Vorstellung rein rationaler Politik ab. Kluge Analysen, gute Argumente und bessere Vorschläge gewinnen nichts in der politischen Auseinandersetzung. Der politische Klassenkampf wird über Erzählungen geführt. Die Herausforderung lautet, Geschichten zu erzählen, die es möglichst vielen verschiedenen Menschen erlauben, ihren Erfahrungen, Wünschen, Sorgen und Begehren darin Sinn zu verleihen. Sie stiften im besten Falle Gemeinschaft und ordnen die notwendige Basisarbeit in Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten in einen größeren Zusammenhang ein. Ihre Botschaft muss im Kern eine der Selbstermächtigung sein. DIE LINKE scheitert an diesem Anspruch, wenn sie ihre Klientel als Schwache und Bedürftige anruft und darauf setzt, sich um sie zu kümmern und sie zu vertreten, statt mit ihnen Kämpfe zu organisieren. „Podemos“ heißt nicht zufällig: „Wir können!“

¹ <http://www.woz.ch/-7535>

² <http://demokratie-plus.de/david-bebnowski-und-thomas-goes-linker-aufwind-warum-es-zeit-fuer-mehr-populismus-ist/>

³ <http://mosaik-blog.at/melenchon-frankreich-linke-hamon-le-pen/>

Sebastian Chwala beschreibt das vertrackte Verhältnis von „Volksbewegung“ und „Linkspartei“ in Frankreich.

Mélenchon und „France insoumise“: Eine Erneuerungsbewegung der französischen Linken?

Noch zu Beginn des Jahres schien die politische Gemengelage in Frankreich klar: Die rechtsradikale Marine Le Pen vom Front National (FN) würde François Fillon von den nationalkonservativen „Republikanern“ (LR) im Rennen um die Präsidentschaft gegenüberstehen. Doch dann wandelte sich die politische Szenerie dramatisch. Mit Emmanuel Macron und Jean-Luc Mélenchon erlebten zwei Politiker einen fulminanten Aufstieg, der den einen ins Präsidentenamt und den anderen zu einem Wahlergebnis von fast 20 Prozent führte.

Dieses Ergebnis war im Vorfeld von niemandem erwartet worden. Beide Kandidaten positionierten sich außerhalb des bestehenden Parteiensystems und wiesen die in Frankreich gängige Zuordnung in „rechts“ und „links“ von sich. Beide stützten ihren Wahlkampf auf „Bewegungen“ statt Parteien. Macrons Organisation hieß „En Marche! („In Bewegung!“), jene Mélenchons erhielt den Namen „La France insoumise“ („Das aufständische Frankreich“).

Politisch vertraten die beiden jedoch völlig unterschiedliche Zielrichtungen. Macron machte sich für eine weitgehende Deregulierung des Sozial- und Arbeitsrechts stark, möchte weitere Milliarden Euro im Staatshaushalt einsparen und die Vermögenssteuern senken. Zusätzlich präsentierte er sich als „Pro-Europäer“, der die

Linie des bisherigen Amtsinhabers François Hollande fortsetzen wollte: weitere Austeritätspolitik, eingehend mit der Vertiefung der Europäischen Union.

Demokratisierung des Gemeinwesens, sozial-ökologischer Wandel

Mélenchon vertrat ein völlig entgegengesetztes Konzept. An die Stelle der Austeritätspolitik sollten eine nachfrageorientierte Politik treten und kurzfristig 100 Milliarden Euro investiert werden. Neben der Erhöhung der Mindestlöhne und sämtlicher Sozialleistungen wollte er neue Beschäftigung im öffentlichen Sektor, besonders dem Bildungsbereich, schaffen. Darüber hinaus stand Mélenchon für einen „sozialökologischen Umbau“ Frankreichs, durch den die Kernenergie bis 2050 vollständig durch regenerative Energiequellen, insbesondere Windenergie, ersetzt werden sollte. Auch ein Ausbau der ökologischen Landwirtschaft stand auf der Agenda.

Der wichtigste Punkt, der zum überraschenden Wahlerfolg Mélenchons führte, ist aber sicherlich das programmatische Ziel, die V. Republik zu überwinden. Nach einem Sieg Mélenchons hätten sich die Bürger_innen Frankreichs in einem Referendum für eine neue verfassungsgebende Versammlung entscheiden können. Die Versammlung hätte zum Ziel gehabt, die „monarchistische Präsidial-

republik“ zu überwinden, die von Charles de Gaulle im Angesicht eines drohenden Militärputsches Ende der 1950er Jahre durchgesetzt worden war.

Kernproblem der aktuellen Verfassung ist die schwache Rolle des Parlaments, welches kaum über gesetzgeberische Kompetenzen verfügt, geschweige denn über die Möglichkeit, die Regierung zu kontrollieren. So kann der Regierungschef, der bisher in der Regel dasselbe Parteibuch wie der Staatspräsident besaß, per Dekret oder sogar Notverordnung Gesetze ohne Zustimmung der Volksvertretung erlassen. Zudem steht dem Staatspräsidenten das Recht zu, ohne Zustimmung des Parlaments Kriege zu führen und sogar die gesamte Staatsgewalt an sich zu ziehen und auch formal sämtliche Kontrollinstanzen auszuschalten. Im französischen System ist also die Möglichkeit eines „institutionellen Putsches“ eingebaut.

Erschwerend hinzu kommt, dass das politische Institutionensystem von Absolvent_innen der Eliteschulen dominiert wird. Der „Staatsadel“, der größtenteils aus der oberen Mittel- und Oberklasse stammt, hat kein Interesse an einer Demokratisierung des politischen Feldes. Er verfolgt eher einen paternalistischen Modernisierungsdiskurs, der nur Akteur_innen mit den entsprechenden Bildungstiteln das Recht zuerkennt, den

Klubs und Diskussionszusammenhängen der Spitzenbeamt_innen anzugehören und darüber zu diskutieren, welche Entscheidungen Frankreich treffen müsse, um den Anschluss an die anderen Nationen nicht zu verlieren.

Dieser „Technokratismus“ der Eliten verachtet die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum. Verschärft wurde er durch die neoliberale Wende der 1980er Jahre, die den europäisierten Eliten als Notwendigkeit erschien, um Teil der EU zu bleiben. Sowohl sozialdemokratische als auch rechtskonservative Regierungen scheiterten in der Folge daran, Deindustrialisierung und steigende Erwerbslosigkeit zu verhindern. Logische Folge war, dass die politischen Parteien ihre gesellschaftliche Verankerung verloren und das politische Personal immer mehr verbürgerlichte.

Die Akademisierung der Sprache und die sinkende Bedeutung von ökonomischen Fragestellungen auf Kosten von kulturellen und individualistischen Bedürfnissen der neuen Mittelklasse führten zu einer Stärkung der

Rechten. Sie boten als „Medizin“ gegen diese Unübersichtlichkeit eine neuerliche Homogenisierung der Gesellschaft durch die Betonung eines ethnischen Volksbegriffes. Die zu schaffende neokonservative Gesellschaft sollte auf Autorität und Ordnung beruhen und die Liberalität, die als Folge der Ereignisse von 1968 gesehen wird, zurückdrängen. Deshalb stellt die Rechte den autoritären Geist der bestehenden Verfassung nicht in Frage, wettet aber gegen die liberalen Eliten. Denn mit der kulturellen ging auch eine ökonomische Liberalisierung einher, welche die alten, arbeiterbewegten linken Milieus aufgelöst und weite Teile der französischen Gesellschaft mit großen Zukunftsängsten zurückgelassen hat.

Mélenchons Rückgriff auf 1789

In dieser Konstellation bediente sich Jean-Luc Mélenchon „links-populistischer“ Diskurse. Wichtige theoretische Figur für diesen Ansatz ist der argentinische Politikwissenschaftler Ernesto Laclau. Dieser stellte die These auf, dass Politik vor allem eine Frage des Diskurses ist. Der politische Erfolg einer Bewegung zeigt sich darin, dass es ihr gelingt, Themen zu be-

setzen, die gesellschaftlich mehrheitsfähig sind. Außerhalb Lateinamerikas wird Laclau vor allem in Spanien stark rezipiert. Die Partei Podemos setzte dort auf diese Strategie und stellte Themen wie Korruption, den Kampf für soziale Rechte und die Vertiefung der Demokratie in den Mittelpunkt. Damit waren Forderungen verbunden, die das bestehende politische System und sein Führungspersonal nicht erfüllen kann.

An die Stelle nüchterner, marxistischer Analyse, die den komplexen Charakter der Klassengesellschaft betont, tritt bei Mélenchon eine Emotionalisierung der Kritik. Die Verursacher der ökonomischen und politischen Krise werden klar benannt – die Eliten. Nur ihr Austausch durch die neue Republik, die von Menschen erdacht wird, die keine „Berufspolitiker“ sind, kann einen demokratischen Neuanfang bedeuten. Dieser Neustart soll durch die Benennung von Mitgliedern der verfassungsgebenden Versammlung durch das Losverfahren eine noch größere Symbolkraft erhalten. Dadurch soll





sichergestellt werden, dass das Volk in seiner Breite vertreten ist. Damit steht vordergründig nicht mehr der Klassenkonflikt im Mittelpunkt, sondern der Konflikt zwischen den „99 Prozent“ und dem „1 Prozent“, wie es die Occupy Bewegung einst proklamierte.

Doch Mélenchon beruft sich auf andere Traditionen, um seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu betonen. Für ihn sind die Ideale der Französischen Revolution und der Aufklärung zentral. Dies wird deutlich bei der Lektüre seines kurz vor den Präsidentschaftswahlen erschienen Büchleins „Von der Tugend“. So vermeidet er es, vom Kapitalismus zu sprechen oder gar dessen Überwindung zu fordern. Viel eher steht die Frage nach einer Erneuerung der republikanischen Strukturen im Mittelpunkt, wobei die Frage der Moral eine große Rolle spielt. Nur die Eingrenzung des Handlungsspielraums des großen Geldes und der Konzern-Lobbyisten, die nicht zu akzeptierende Partikularinteressen verfolgten, macht es möglich, wieder die „(Geistes-)Freiheit“ zu erlangen. Deshalb müsse der

Staat vom Markt getrennt und der Glaube an den Markt überwunden werden.

Die Rolle des Marktes verhindere auch die Verwirklichung des zweiten Ideals der französischen Revolution, der „Gleichheit“. Wachsende ökonomische Ungleichheit schließe Menschen aus, da ohne soziale Sicherheit keine Möglichkeit bestehe, staatsbürgerliche Rechte wahrzunehmen. Da jeder StaatsbürgerIn über unumschränkte Rechte verfüge, die er frei und unmittelbar ausüben können müsse, stelle die ökonomische Ungleichheit die Volkssouveränität in Frage. Um dies zu verhindern, dürfe es nicht bei warmen Worten bleiben. Soziale Rechte müssten, ebenso wie das Arbeitsrecht, gesetzlich verankert werden. Nichts anderes stecke schließlich hinter dem dritten Ideal der Revolution, der Idee der „Brüderlichkeit“.

„Volksbewegung“ statt „Linkspartei“

Mit dem Anspruch, „France insoumise“ als „Volksbewegung“ und nicht als linke Partei zu organisieren, hat Mélenchon es geschafft, sich aus dem Dunstkreis des „Kar-

tells“ des linken Parteienspektrums zu lösen. Anspruch war von Beginn an eine politische Struktur zu schaffen, die in offener Ablehnung zur Sozialdemokratie steht und das Ziel hat, stärkste politische Kraft in Frankreich zu werden. Der Bewegungscharakter zeigt sich darin, dass Wert darauf gelegt wird, dass sich Einzelne bei „France insoumise“ frei assoziieren könnten. Damit ist das Ziel verbunden, einerseits Menschen die Möglichkeit zu geben, selbst politische AkteurInnen zu werden. Andererseits sollen die Zwänge, die eine Parteiform mit sich bringt, der Zwang sich Diskursstrukturen unterordnen und mit festgefügt Hierarchien arrangieren zu müssen, umgangen werden.

Dadurch löst man sich auch aus den klassischen Bündnisstrukturen der Linken. So scheint es aktuell unmöglich, dass es zu einer Einigung zwischen „La France insoumise“ (FI) und der Kommunistischen Partei (PCF) für die Parlamentswahlen am 11. und 18. Juni kommt. FI verlangt von allen offiziell unterstützten Kandidat_innen, eine Erklärung zu unterzeichnen, wonach sie in ihrer parlamentarischen Arbeit nicht gegen das Wahlprogramm Mélenchons zur Präsidentschaftswahl handeln und weitgehende Transparenz über ihren Umgang mit Abgeordnetengeldern garantieren. Dies wird vom PCF nicht akzeptiert, da man sich nicht dem Programm einer anderen Organisation unterwerfen möchte.

Die Unnachgiebigkeit der FI-AktivistInnen könnte schwerwiegende Folgen haben. Einigt man sich nicht, könnte es durchaus passieren, dass viele KandidatInnen schon im ersten Wahlgang auf der Strecke bleiben, da „La France insoumise“ und PCF teilweise gegeneinander kandidieren. Ohne eine starke Parlamentsfraktion links neben Macrons „En Marche!“-Bewegung droht der Dynamik, die während der Wahlkampagne Mélenchons zweifelsohne entstanden ist, so das schnelle Aus.

Sebastian Chwala ist Politikwissenschaftler und Autor des Buchs „Der Front National: Geschichte, Programm, Politik und Wähler“, PapyRossa Verlag Köln.

Foto: Michael Breyer



Bernd Riexinger

Organisieren, um zu gewinnen

Das Herz einer linken Klassenpolitik ist der Kampf um die Überwindung von Spaltungen. Die Diskussion, ob wir uns in erster Linie an die „Abgehängten“, die „hart Arbeitenden“ oder an die „jungen, urbanen Kreativen“ richten sollten, bedient sich nicht nur überzeichneter Klischees, sondern führt in eine Sackgasse. In Auseinandersetzung mit Neoliberalismus und Rechtspopulismus kommt der LINKEN als verbindender Partei die Aufgabe zu, zur Bildung gemeinsamer Interessen und Handlungsfähigkeit der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen beizutragen. Das bedeutet auch, den Kampf gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt gegen Minderheiten als Teil von Klassenpolitik zu führen, um Solidarität innerhalb der Klasse zu ringen.

Eine große Mehrheit der Beschäftigten fordert weiter sozialstaatliche Absicherung. Daran gilt es anzuknüpfen, indem wir realistische und klare Forderungen für gute Arbeit, Rente, Gesundheitsversorgung, Pflege und steuerliche Entlastung in den Mittelpunkt stellen, aber auch weitergehende Alternativen linker Industrie- und Wirtschaftspolitik in die Diskussion bringen. Wir sollten neben Erwerbslosen und Prekären stärker als bisher auch die durchschnittlich verdienenden Teile der Lohnabhängigen erreichen und uns in

den Gewerkschaften verankern. Dafür gibt es einen konkreten Ansatzpunkt: In den nächsten Monaten wollen wir eine Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis starten. Arbeit muss für alle sicher, kürzer, geschlechtergerecht und gerecht verteilt, selbstbestimmt und demokratisch (mit-)gestaltet werden. Um eine solche Initiative herum könnten sich Linke in den Gewerkschaften und linke GewerkschafterInnen in der Partei organisieren – und betriebliche Auseinandersetzungen mit einer gemeinsamen Klassenperspektive verbinden.

Organisieren, um zu gewinnen. Was banal klingt, wird zur entscheidenden Frage, wie sich unsere Klassenorientierung in der Alltagsarbeit der Partei zeigt. Klassenbildung passiert nicht dadurch, dass andere im Namen der Arbeiterklasse sprechen und Politik machen. Auch die wichtige Vertretung gemeinsamer politischer Interessen im Parlament reicht nicht. Entscheidend ist die Arbeit an einer Kultur des Organisierens von und in Klasseauseinandersetzungen im Alltag. Als LINKE müssen wir uns als aktiver Teil von Streiks, Mietenprotesten bis hin zu klassenübergreifenden aber mit Klassenfragen verbundenen Bewegungen wie der gegen TTIP begreifen. Mit der Kampagne „Das muss drin sein“ haben viele Aktive

dazu beigetragen, die Verankerung im Bereich der Beschäftigten in Gesundheitsversorgung und Pflege auszubauen.

Um diejenigen Menschen zu erreichen, die in ärmeren Stadtteilen und Regionen leben und nicht mehr an politische Veränderungen glauben, braucht es eine organisierende Parteiarbeit, die den Menschen Mut macht, durch konkrete Unterstützung im prekären Alltag, die Erfahrung von Solidarität und gemeinsame Organisierung für ganz konkrete Ziele (wie ein regionales Sozialticket oder gegen Verdrängung im Stadtteil). Wir kommen als Partei einen wichtigen Schritt weiter, wenn wir anhand konkreter Konflikte und mit gezielten „Kampagnen“ vor Ort unsere Alltagsarbeit in den Kreisverbänden und in der Kommunalpolitik stärker auf das Ziel der Organisierung von Beschäftigten und Erwerbslosen ausrichten. Um Erfahrungen mit „Organizing“ zu sammeln, haben wir als Parteivorstand Modellprojekte in „sozialen Brennpunkten“ und eine „Offensive des Zuhörens“ mit Hausbesuchen auf den Weg gebracht. Diesen Weg sollten wir gemeinsam weitergehen.

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

SL-Sommerakademie:



Welche Politik braucht die LINKE?

Liebe Genossinnen und Genossen,

lange Zeit wurden Diskussionen zum Thema Klasse, Klassenpolitik und Klassenkampf auch in der Linken nur wenig geführt. Zwar werden soziale Interessen der Lohnabhängigen und benachteiligter Bevölkerungsgruppen vertreten, gleichzeitig schaffen wir es zu wenig, diese auch tatsächlich zu erreichen und für linke Politik zu gewinnen.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus, der Brexit, die Wahl von Trump, die Beinahe-Wahl von Hofer in Österreich, die Stärke des Front National in Frankreich – all dies beruht auch auf der Wendung von Teilen der Arbeiterklasse nach rechts. Hintergrund ist eine neoliberale Politik der Globalisierung und sozialen Entsicherung, der sich auch die sozialdemokratischen Parteien und die Grünen weitgehend verschrieben haben. Die Linke schaffte es

nicht, diese Lücke als politische Vertretung der Klasse zu nutzen und zu füllen. Deshalb steht die diesjährige Sommerakademie unter dem Motto „Klasse neu denken: Welche Politik braucht die Linke?“

Für die Veranstaltungen zu den Themenblöcken Klassenpolitik, Kapitalismusanalyse und Gewerkschaften haben wir wieder namhafte Gäste gewinnen können, u.a. die beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, Fabio de Masi, Jan Korte und viele andere mehr. Wir freuen uns, wenn ihr euch rechtzeitig zur Teilnahme anmeldet – die Plätze werden erfahrungsgemäß bald knapp.

Mit solidarischen Grüßen,
eure Vorbereitungsgruppe
Sommerakademie 2017

Vom 14. bis 16. Juli 2017 im ver.di Bildungszentrum „Das Bunte Haus“ in Bielefeld-Sennestadt

Preise inklusive Vollpension:

Einzelzimmer: 65,- Euro pro Nacht
Doppelzimmer: 50,- Euro pro Nacht
Mehrbettzimmer: 40,- Euro pro Nacht
Camping: 30,- Euro pro Nacht
Tagesgäste: 25,- Euro pro Tag

**Mehr Infos & Anmeldung
unter www.soli-verein.de**

Veranstaltet von SoLi-Verein e.V.
In Kooperation mit ver.di-Institut für Bildung,
Medien und Kunst

Programm

Freitag, 14.07.17

Anreise & Anmeldung ab 15.30 Uhr, Kaffee und Kuchen

Schiene I
Klassenpolitik

Schiene II
Kapitalismusanalyse

Schiene III
Gewerkschaften

Schiene IV
Ein Kessel Buntes

16.30 - 18.00 Uhr Workshop-Phase 1

Einführung in Klassenbegriff und -theorien
mit Heinz Hillebrand

150 Jahre Kapital - Kapitalismus, Wertschöpfung und Ausbeutung heute
mit Ralf Krämer

Wie weiter mit Europa?
mit Sabine Lösing*, Alexander Recht*

Was bedeutet sozialistische Migrationspolitik?
mit Özlem Demirel, Jörg Schindler

18.00 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Podium: Zwischen neoliberalem Weiterso, medialer Re-Sozialdemokratisierung und rechtem Populismus
Wo bleibt die Linke? mit Bernd Riexinger, Janine Wissler*, Ralf Krämer

22.00 Uhr Geselliges Beisammensein

Samstag, 15.07.17

09.30 - 11.00 Uhr Workshop-Phase 2

Zusammensetzung heute, Umbrüche in der Arbeit und Lebensweise
mit Stefanie Hürtgen*

Globalisierung und Nationalstaaten - und die Haltung der Linken
mit Peter Wahl

Wie kann eine linke Industriepolitik aussehen?
mit Heinz Bierbaum

Die USA unter Trump
mit Ingar Soltý

11.30 - 13.00 Uhr Workshop-Phase 3

Partei und Klasse
mit Janis Ehling

Neoliberalismus und Rechtspopulismus
mit Nora Berneis, Hanna Lichtenberger

Gute Arbeit? - Perspektiven zur Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältniss
mit Bernd Riexinger

Sozialistische Kommunalpolitik
mit Onur Ocak, Elisabeth Kula

13.00 Uhr Mittagessen

14.00 - 15.30 Uhr Workshop-Phase 4

Verhältnis von Klassenherrschaft, Rassismus & Patriarchat mit Lia Becker, Alex Wischniewski

Wie verändern wir den Staat? Kapitalistischer Staat und Transformationsstrategien
mit Hanna Lichtenberger

Streik in der Pflege, linke Verankerung in Gesundheits- und Pflegebereich
mit Esther Braun

Rolle und Zustand linker Parteien in Europa
mit Heinz Bierbaum

16.00 - 17.30 Uhr Workshop-Phase 5

Welche Klassenbasis hat der Rechtspopulismus?
mit Sebastian Chwala

Digitalisierung und Kapitalismus
mit Rainer Fischbach, Sophie Dieckmann

Mit Gewerkschaften gegen rechts - Integration in den Betrieben
mit Romin Khan

Sozialräumliche Segregation & was man dagegen tun kann
mit Katalin Gennburg, Miriam Pieschke*

17.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Podium: Welche Klassenpolitik braucht DIE LINKE? Was lernen wir aus Erignon und was nicht?
Mit Katja Kipping, Jan Korte, Heinz Hillebrand

22.00 Uhr Drinks und Karaoke

Sonntag, 16.07.17

09.00 - 10.30 Uhr Workshop-Phase 6

Wie sieht der linke Populismus aus, den wir wollen?
mit Benjamin Opratko

Finanzkapitalismus und herrschende Klasse
mit Ingar Soltý*

Sozialstaat und linke Sozialpolitik als Klassenfrage
mit Ralf Krämer

Was ist Faschismus?
mit Kerstin Köditz*; Philip Becher*

10.45 Uhr Podium: DIE LINKE vor den Bundestagswahlen

12.15 Uhr Mittagessen

13.15 Uhr Abreise

* = angefragt

Erklärung der **UNTERSTÜTZUNG**



Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname _____

Straße _____ PLZ und Ort _____

Landesverband _____ Kreis-/Bezirksverband _____

ggf. Parteifunktionen _____

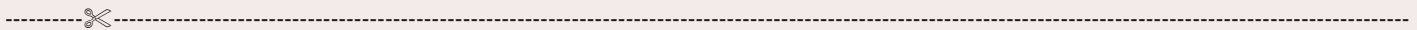
aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen _____

Telefonnummern _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte abtrennen und schicken an: Sozialistische Linke, DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Mit **SPENDEN** die Arbeit aktiv unterstützen

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

Einzelspenden bitte an:

Parteivorstand DIE LINKE
IBAN: DE96 1005 0000 0013 2257 31
BIC: BELADEVXXX
LANDESBANK BERLIN - BERLINER SPARKASSE
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):
monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Kontoinhaber/in _____

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____